

Antwort

der Bundesregierung

**auf die Kleine Anfrage der Abgeordneten Susanne Ferschl, Sabine Zimmermann (Zwickau), Matthias W. Birkwald, weiterer Abgeordneter und der Fraktion DIE LINKE.
– Drucksache 19/21002 –**

Entwicklung am Arbeitsmarkt und in den sozialen Sicherungssystemen

Vorbemerkung der Fragesteller

Die Corona-Krise zeigt nach Auffassung der Fragesteller deutlich, dass die Sozialversicherungssysteme – insbesondere die Arbeitslosenversicherung – ein unverzichtbarer Bestandteil des deutschen Sozialstaates sind. Sie fungieren aufgrund ihrer „antizyklischen Einnahmen- und Ausgabenentwicklung“ als „Stabilisatoren der Konjunktur“ (G. Bosch, Ausschussdrucksache 19(11)401). Unter den sozialversicherungspflichtig Beschäftigten sind vor allem diejenigen mit hohen Löhnen deutlich besser abgesichert und profitieren unter anderem vom Kurzarbeitergeld, das in Krisenzeiten oder bei Beschäftigungsausfall aus Rücklagen der Arbeitslosenversicherung ausgezahlt wird. Bei Beschäftigten im Niedriglohnssektor reicht das Kurzarbeitergeld in Höhe von 60/67 Prozent hingegen oft nicht aus, um den Lebensunterhalt zu decken, sodass ein ergänzender Hartz-IV-Bezug notwendig wird. Zugleich zeigt sich, dass Millionen Menschen, insbesondere geringfügig Beschäftigte ohne Versicherungsschutz, aus dem Raster fallen (www.ndr.de/nachrichten/info/Minijobber-in-der-Corona-Krise-vergessen,minijobs140.html).

In wirtschaftlichen Krisensituationen zeigt sich, ob die sozialen Sicherungssysteme funktionieren und in der Lage sind, ihre konjunkturstabilisierende Funktion wahrzunehmen. Prognosen gehen inzwischen davon aus, dass die Rücklagen der Versicherungssysteme nicht ausreichen und weitreichende Steuerzuschüsse notwendig sind (www.tagesspiegel.de/politik/milliardenloecher-durch-corona-krise-ohne-steuerzuschuss-wird-es-2020-fuer-die-sozialversicherungen-wohl-nicht-gehen/25861476.html). Die Fragesteller interessieren sich daher dafür, wie sich die Lage auf dem Arbeitsmarkt einerseits und die Schutzfunktion sowie die finanzielle Ausstattung der Arbeitslosenversicherung andererseits in den vergangenen 25 Jahren entwickelt haben.

Entwicklung der Sicherungsfunktion in der Arbeitslosenversicherung

1. Wie haben sich die prozentualen Beiträge zur Arbeitslosenversicherung in den vergangenen 25 Jahren entwickelt?

Der Beitragssatz zur Arbeitsförderung hat sich wie folgt entwickelt:

Zeitraum	Beitragssatz zur Arbeitsförderung
01.01.1993 bis 31.12.2006	6,5 %
01.01.2007 bis 31.12.2007	4,2 %
01.01.2008 bis 31.12.2008	3,3 %
01.01.2009 bis 31.12.2010	2,8 %
01.01.2011 bis 31.12.2018	3,0 %
01.01.2019 bis 31.12.2019	2,5 %
Seit 01.01.2020	2,4 %

2. Wie hat sich nach Kenntnis der Bundesregierung der Haushalt der Bundesagentur für Arbeit (BA) in den vergangenen 25 Jahren entwickelt (bitte jeweils nach Jahr, Beitragseinnahmen, registrierten Erwerbslosen, Ausgaben für das Arbeitslosengeld I, Ausgaben für Arbeitslosengeld [ALG] und konjunkturelles Kurzarbeitergeld sowie nach preisbereinigter BIP-Veränderung [BIP = Bruttoinlandsprodukt] gegenüber dem Vorjahr differenzieren)?

Die erfragten Daten sind Tabelle 1 im Anhang zu entnehmen.* Bei den registrierten Arbeitslosen handelt es sich jeweils um einen rechtskreisübergreifenden Jahresdurchschnitt.

3. Wie hat sich die durchschnittliche Dauer von Arbeitslosigkeit in den vergangenen 25 Jahren entwickelt?

Wie entwickelte sich im selben Zeitraum der durchschnittliche Verbleib im Rechtskreis des Dritten Buches Sozialgesetzbuch (SGB III) bzw. des Arbeitsförderungsgesetzes (AFG)?

Nach Angaben der Arbeitsmarktstatistik der Bundesagentur für Arbeit (BA) gab es im Jahr 2019 insgesamt 7,23 Millionen Abgänge aus Arbeitslosigkeit, die durchschnittliche abgeschlossene Dauer der Arbeitslosigkeit betrug 36,1 Wochen.

Informationen nach Dauern liegen ab dem Jahr 1998 vor; allerdings sind Zeitreihenvergleiche aufgrund von Änderungen im Erhebungsverfahren und im Dauermesskonzept nur eingeschränkt möglich. Daten nach Rechtskreisen stehen ab dem Jahr 2007 zur Verfügung. Durch die hohe Zahl von Neuzugängen infolge der Einführung der Grundsicherung für Arbeitsuchende im Jahr 2005 sind die Angaben zu den Dauern verzerrt. Die längeren Dauern, insbesondere in den Jahren 2007 und 2008, reflektieren einen Anpassungsprozess.

Weitere Ergebnisse sind Tabelle 2* im Anhang zu entnehmen.

* Von einer Drucklegung der Tabellen wird abgesehen. Diese sind auf Bundestagsdrucksache 19/21821 auf der Internetseite des Deutschen Bundestages abrufbar.

4. Wie entwickelte sich die Höhe des durchschnittlichen Zahlungsanspruchs von Arbeitslosen im Rechtskreis des SGB III bzw. AFG in den vergangenen 25 Jahren real und nominal gemessen an der Kaufkraft?

Nach Angaben der Statistik der BA lag die durchschnittliche Anspruchshöhe von Leistungsbeziehenden im Rechtskreis SGB III im Jahr 2019 bei 1.004 Euro (ohne Sozialversicherungsbeiträge). Weitere Ergebnisse ab dem Jahr 2005 sind Tabelle 3* im Anhang zu entnehmen.

Zur Beurteilung der Kaufkraft wird auf die Zeitreihe des harmonisierten Verbraucherpreisindex (HVPI) des Statistischen Bundesamtes verwiesen (Tabelle 4 im Anhang*). Der HVPI wurde in der Europäischen Union (EU) entwickelt, um Preisänderungen international vergleichen und zu einer Gesamtinflationsrate für Europa und der europäischen Währungsunion zusammenfassen zu können. Der HVPI für die Länder der europäischen Währungsunion dient vor allem der Europäischen Zentralbank (EZB) als zentraler Indikator zur Beurteilung der gesamtwirtschaftlichen Preisstabilität innerhalb der Eurozone. Preisstabilität ist aus Sicht der EZB bei einer jährlichen HVPI-Teuerungsrate von knapp unter 2 Prozent erreicht.

5. Wie viele Arbeitslose im Rechtskreis des SGB III hatten aufgrund geringer Zahlungsansprüche einen ergänzenden Anspruch auf SGB II bzw. Sozialhilfe nach dem Bundessozialhilfegesetz (bitte sowohl Anzahl als auch Anteil an allen Arbeitslosen ausweisen und Daten für die letzten 25 Jahre angeben)?

Am 1. Januar 2005 trat die neue Grundsicherung für Arbeitsuchende (Zweites Buch Sozialgesetzbuch/SGB II) in Kraft. Gleichzeitig wurde das bisherige Bundessozialhilfegesetz (BSHG) aufgehoben; das Sozialhilferecht wurde in das Sozialgesetzbuch als Zwölftes Buch (SGB XII „Sozialhilfe“) eingeordnet. Hilfebedürftige Erwerbsfähige im Alter von 15 bis 64 Jahren sowie ihre im Haushalt lebenden Angehörigen können ab diesem Zeitpunkt das neu geschaffene Arbeitslosengeld II (für Erwerbsfähige) bzw. Sozialgeld (für nicht erwerbsfähige Angehörige) nach dem SGB II beanspruchen. Gleichzeitig wurde die bisherige sog. „Arbeitslosenhilfe“ abgeschafft; Hilfe zum Lebensunterhalt nach dem neuen SGB XII kommt für diesen Personenkreis ebenfalls nicht mehr in Betracht. Der überwiegende Teil der Sozialhilfeempfänger/-innen im engeren Sinne wurde somit zum Jahresende 2004 letztmals in der Sozialhilfestatistik erfasst.

Die nachfolgende Tabelle enthält für die Jahre von 1994 bis 2004 die arbeitslos gemeldeten Empfänger/-innen von Hilfe zum Lebensunterhalt außerhalb von Einrichtungen am 31. Dezember des Jahres im Alter von 15 bis unter 65 Jahren nach dem Bundessozialhilfegesetz. Daten zum Anteil an allen Arbeitslosen liegen aus den Statistiken der Sozialhilfe nicht vor.

* Von einer Drucklegung der Tabellen wird abgesehen. Diese sind auf Bundestagsdrucksache 19/21821 auf der Internetseite des Deutschen Bundestages abrufbar.

Tabelle: Arbeitslos gemeldete Empfängerinnen und Empfänger von Hilfe zum Lebensunterhalt außerhalb von Einrichtungen*) in Deutschland am Jahresende

Jahr	Insgesamt
1994.....	319 306
1995.....	466 712
1996.....	580 484
1997.....	702 478
1998.....	709 326
1999.....	690 265
2000.....	644 237
2001.....	682 488
2002.....	732 078
2003.....	833 217
2004.....	930 401

*) Es werden nur Empfänger/-innen im Alter von 15 bis unter 65 Jahren berücksichtigt.

Quelle: Statistisches Bundesamt

Nach Angaben der Grundsicherungsstatistik der BA waren im Jahr 2019 rund 57.000 arbeitslose erwerbsfähige Leistungsberechtigte (ELB) registriert, die gleichzeitig Arbeitslosengeld bezogen (sog. Aufstocker). Das entspricht einem Anteil von 3,9 Prozent an allen arbeitslosen ELB. Daten liegen ab dem Jahr 2007 vor.

Weitere Ergebnisse sind Tabelle 5* im Anhang zu entnehmen.

- Wie hat sich die Armutsquote von Arbeitslosen in Deutschland in den vergangenen 25 Jahren entwickelt (bitte jeweils Anzahl und Anteil angeben sowie nach Geschlecht und Ost/West differenzieren und Daten im europäischen Vergleich ausweisen)?

Die Armutsrisikoquote ist eine statistische Maßgröße für die Einkommensverteilung. Sie liefert keine Information über individuelle Bedürftigkeit. Ihre Höhe hängt u. a. von der zugrundeliegenden Datenbasis, der Bezugsgröße (50 Prozent, 60 Prozent oder 70 Prozent des mittleren Einkommens) und der Gewichtung der Haushaltsmitglieder bei der Bestimmung des Nettoäquivalenzeinkommens ab. Der Indikator ist insbesondere für Teilpopulationen sehr volatil und kann je nach Datenquelle unterschiedlich ausfallen. Einer Konvention folgend werden 60 Prozent des mittleren mit der neuen OECD-Skala gewichteten Einkommens verwendet.

In den erfragten Differenzierungen nach Regionen in Deutschland bzw. im Europäischen Vergleich liegen Daten erst seit dem Jahr 2005 (Mikrozensus) bzw. 2007 (EU-SILC) vor. Für den weiter zurückliegenden Zeitraum zeigen die Daten des SOEP einen Anstieg der Armutsrisikoquote von Arbeitslosen von 33,3 Prozent im Jahr 1995 auf 48,9 Prozent im Jahr 2004 bzw. 53,7 Prozent im Jahr 2005, der relativ größer ausfällt als der Anstieg der Armutsrisikoquote für die Gesamtbevölkerung von 11,1 Prozent auf 14,4 Prozent im Jahr 2004 bzw. 13,8 Prozent im Jahr 2005. Hier zeigt sich die Volatilität der Armutsrisikoquote, insbesondere für kleine Teilpopulationen. Aus methodischen Gründen sind diese Zahlen nicht vergleichbar mit den Werten der nachstehend ausgewiesenen Daten aus den amtlichen Quellen.

* Von einer Drucklegung der Tabelle wird abgesehen. Diese ist auf Bundestagsdrucksache 19/21821 auf der Internetseite des Deutschen Bundestages abrufbar.

Bei der Interpretation der Daten ist zu berücksichtigen, dass es in den jüngeren Jahren des betrachteten Zeitraums einen kräftigen Beschäftigungsaufwuchs gab und das Ausmaß der Arbeits- und Erwerbslosigkeit sank. Dies geht typischerweise mit einem Anstieg der Armutrisikoquote der Arbeits- bzw. Erwerbslosen einher, da bei rückläufiger Arbeitslosigkeit der darin enthaltene Anteil arbeitsmarktferner Personen zunimmt, die ein geringes Qualifikationsniveau und im Haushaltskontext ein relativ niedriges Einkommen aufweisen.

Weitere Ergebnisse sind den Tabellen 6 und 7* im Anhang zu entnehmen.

7. Wie viele Abgänge erwerbsfähiger Leistungsberechtigter aus dem SGB-II-Bezug sind in den Jahren 2018 und 2019 sowie im ersten Halbjahr 2020 jeweils insgesamt sowie einzeln aufgeschlüsselt nach Vermittlung auf Auswahl und Vorschlag in
 - a) Leiharbeit,
 - b) Teilzeit (<20 h/Woche),
 - c) befristeter Beschäftigung,
 - d) sozialversicherungspflichtige Beschäftigung (>20 h/Woche)erfolgt, und wie viele der Abgänge waren nach drei, neun Monaten oder länger wieder im SGB-II-Bezug (bitte sowohl absolute Zahlen als auch Anteile angeben)?

Nach Angaben der Grundsicherungsstatistik der BA beendeten im Jahr 2019 rund 527.000 Personen ihre Arbeitslosigkeit im Rechtskreis des SGB II durch Aufnahme einer ungeforderten Beschäftigung. 471.000 Personen darunter waren unmittelbar nach Abgang aus Arbeitslosigkeit sozialversicherungspflichtig beschäftigt. Von diesen Personen waren 101.000 im Wirtschaftszweig der Arbeitnehmerüberlassung tätig. 217.000 der 471.000 Personen beendeten ihre Arbeitslosigkeit im Rechtskreis des SGB II durch die Aufnahme einer befristeten Beschäftigung, wobei diese Befristung auch in der Arbeitnehmerüberlassung stattfinden kann.

Eine Differenzierung der Beschäftigung nach der Arbeitszeit ist nicht möglich.

Weitere Ergebnisse sind Tabelle 8 im Anhang zu entnehmen.*

Auf Grund der Wartezeit liegen Daten zum Verbleib für das erste Halbjahr 2020 noch nicht vor. Über die integrierte Auswertung mit der Beschäftigungsstatistik sind nur Aussagen zum Verbleib in Beschäftigung, nicht zum Eintritt einer erneuten Arbeitslosigkeit möglich.

8. Wie viele Neuzugänge in das ALG II gab es seit 2008 jeweils jahresdurchschnittlich aus geringfügiger Beschäftigung bzw. Befristung, Leiharbeit (bitte jährlich und falls möglich nach Beschäftigungsform aufschlüsseln)?
Falls dazu keine Daten vorliegen, warum werden diese nicht erhoben (bitte begründen)?

Nach Angaben der Grundsicherungsstatistik der BA gab es im Jahr 2019 rund 443.000 Zugänge aus ungeforderter Beschäftigung in Arbeitslosigkeit im Rechtskreis SGB II. Darunter waren 388.000 Zugänge aus sozialversicherungspflichtiger Beschäftigung, davon 104.000 aus dem Wirtschaftszweig (WZ 08) der Arbeitnehmerüberlassung (782, 783). Ferner kamen 14.000 Zugänge aus geringfügiger Beschäftigung hinzu. Hierbei ist zu beachten, dass eine geringfü-

* Von einer Drucklegung der Tabellen wird abgesehen. Diese sind auf Bundestagsdrucksache 19/21821 auf der Internetseite des Deutschen Bundestages abrufbar.

gige Beschäftigung von weniger als 15 Wochenstunden auch während der Arbeitslosigkeit weiter ausgeübt werden kann.

Ein Ausweis der Zugänge aus einem befristeten Beschäftigungsverhältnis ist nicht möglich.

Weitere Ergebnisse sind Tabelle 9* im Anhang zu entnehmen.

9. Wie entwickelte sich in den vergangenen 15 Jahren im jeweiligen Jahresverlauf die Anzahl und der Anteil von

- a) geringfügig Beschäftigten,
- b) sozialversicherungspflichtig Beschäftigten (Teilzeit- und Vollzeit differenzieren),

die niedrige Löhne mit Leistungen der Grundsicherung für Arbeitsuchende (ALG II) aufgestockt haben (bitte die zehn Branchen mit dem höchsten Anteil an Personen im ergänzenden ALG-II-Bezug ausweisen)?

Erwerbstätige ELB beziehen Arbeitslosengeld II in der Grundsicherung für Arbeitsuchende und verfügen zugleich über zu berücksichtigendes Einkommen aus abhängiger Erwerbstätigkeit (Bruttoeinkommen) und/oder über verfügbares Einkommen aus selbständiger Tätigkeit (Betriebsgewinn).

Nach aktuellen Daten gab es im Dezember 2019 rund 311.000 ausschließlich geringfügig Beschäftigte, 112.000 sozialversicherungspflichtig Vollzeitbeschäftigte und 343.000 sozialversicherungspflichtig Teilzeitbeschäftigte, die gleichzeitig Regelleistungen der Grundsicherung für Arbeitsuchende erhielten.

Weitere Ergebnisse sind Tabelle 10* im Anhang zu entnehmen.

Nach Branchen betrachtet gab es im Dezember 2019 (aktuellste verfügbare Daten) in der Wirtschaftsgruppe 812 „Reinigungsdienste“ mit einem Anteil von 9,2 Prozent und im Wirtschaftsabschnitt I „Gastgewerbe“ mit einem Anteil von 6,2 Prozent die größten Anteile an erwerbstätigen ELB an allen Beschäftigten.

Weitere Ergebnisse sind Tabelle 11* im Anhang zu entnehmen.

10. Wie viel Geld wurde in den vergangenen 15 Jahren jährlich an abhängig Beschäftigte und Bedarfsgemeinschaften mit mindestens einem abhängig Beschäftigten ausbezahlt (bitte sowohl Vollzeit- und Teilzeit sowie geringfügige Beschäftigung einzeln ausweisen und nach Geschlecht differenzieren)?

Nach Angaben der Grundsicherungsstatistik der BA gab es im Jahr 2018 (aktuellste verfügbare Daten) rund 943.000 Regelleistungsbedarfsgemeinschaften mit mindestens einem abhängig beschäftigten ELB. Die gesamten Zahlungsansprüche beliefen sich im Jahr 2018 auf rund 9,75 Milliarden Euro.

Weitere Ergebnisse (verfügbare Daten ab dem Jahr 2007) sind Tabelle 12* im Anhang zu entnehmen. Eine Differenzierung nach Geschlecht ist nicht möglich. Die Ergebnisse für das Jahr 2019 werden voraussichtlich im Herbst veröffentlicht.

* Von einer Drucklegung der Tabellen wird abgesehen. Diese sind auf Bundestagsdrucksache 19/21821 auf der Internetseite des Deutschen Bundestages abrufbar.

Beschäftigungsentwicklung

11. Wie hat sich in den vergangenen 25 Jahren die Anzahl der sozialversicherungspflichtigen Beschäftigten entwickelt (bitte nach Geschlecht, Voll- und Teilzeit sowie Ost/West differenzieren)?

Nach Angaben der Beschäftigungsstatistik der BA gab es zum Stichtag 30. Juni 2019 (der jeweilige Juni-Wert wird als Jahreswert verwendet) in Deutschland insgesamt 33,41 Millionen sozialversicherungspflichtig Beschäftigte.

Weitere Ergebnisse sind Tabelle 13* im Anhang zu entnehmen.

Durch die Revision der Beschäftigungsstatistik im Jahr 1999 ist die Vergleichbarkeit der Ergebnisse eingeschränkt. Informationen zur Arbeitszeit wurden für die Jahre 2011 und 2012 durch ein Imputationsverfahren ergänzt.

12. Wie haben sich nach Kenntnis der Bundesregierung die Zahl und der Anteil der Beschäftigten in einem atypischen Arbeitsverhältnis (Leiharbeit, Teilzeitbeschäftigung <20 h/Woche und befristete Beschäftigungsverhältnisse) in den vergangenen 25 Jahren entwickelt (bitte für jedes Jahr einzeln die absoluten und relativen Werte darstellen und nach Geschlecht sowie Ost/West differenzieren)?

Nach Angaben der Beschäftigungsstatistik der BA lag die Teilzeitquote der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten im Jahr 2019 bei 29 Prozent.

Weitere Ergebnisse sind Tabelle 13* im Anhang zu entnehmen.

Durch die Revision der Beschäftigungsstatistik im Jahr 1999 ist die Vergleichbarkeit der Ergebnisse eingeschränkt. Informationen zur Arbeitszeit wurden für die Jahre 2011 und 2012 durch ein Imputationsverfahren ergänzt. Durch die Einführung eines neuen Tätigkeitsschlüssel 2010 kommt es zu einmaligen umstellungsbedingten Aktualisierungseffekten der Teilzeitquote vom Jahr 2010 auf das Jahr 2011. Die Teilzeitbeschäftigung kann nicht weiter auf die exakte wöchentliche Arbeitszeit eingegrenzt werden.

Informationen zum Bestand von befristeten Beschäftigungsverhältnissen liegen in der Beschäftigungsstatistik der BA nicht vor.

Nach Angaben der Beschäftigungsstatistik der BA gab es zum Stichtag 30. Juni 2019 rund 896.000 Leiharbeiterinnen und Leiharbeiter.

Weitere Ergebnisse sind Tabelle 14* im Anhang zu entnehmen.

Bis zum Jahr 2012 beruhen die Daten auf Basis der Meldungen der Verleihbetriebe nach dem Arbeitnehmerüberlassungsgesetz. Diese Daten liegen gegliedert nach Regionaldirektionen der Bundesagentur für Arbeit vor. Aus diesem Grund ist eine Unterscheidung nach West- und Ostdeutschland nicht möglich, da die Regionaldirektion Nord die (westdeutschen) Länder Hamburg und Schleswig-Holstein sowie das (ostdeutsche) Bundesland Mecklenburg-Vorpommern umfasst. Die Meldungen der Verleihbetriebe umfassen alle beschäftigten Leiharbeiterinnen und Leiharbeiter. Seit der Einführung des Tätigkeitsschlüssels 2010 gibt es ein personenbezogenes Merkmal zur Arbeitnehmerüberlassung (ANÜ) in der Beschäftigungsstatistik. Die Zahl der geringfügig Beschäftigten kann erst ab dem Jahr 2000 ausgewiesen werden. Aus diesem Grund ist eine Anteilsberechnung für die Jahre vor 2000 nicht möglich.

* Von einer Drucklegung der Tabellen wird abgesehen. Diese sind auf Bundestagsdrucksache 19/21821 auf der Internetseite des Deutschen Bundestages abrufbar.

Des Weiteren wird auf Datenauswertungen des Mikrozensus, enthalten in der Antwort der Bundesregierung auf die Kleine Anfrage auf Bundestagsdrucksache 19/16172 verwiesen.

13. Wie haben sich Anzahl und Anteil von Beschäftigten im selben Zeitraum entwickelt, die unterhalb der jeweils geltenden Niedriglohnschwelle (zwei Drittel des Medianlohns) beschäftigt waren (bitte nach Alter, Geschlecht sowie Ost/West differenzieren)?

Methodische Hinweise sind den technischen Anmerkungen in der Antwort der Bundesregierung auf die Kleine Anfrage auf Bundestagsdrucksache 19/9712 zu entnehmen. Als Beschäftigte des unteren Entgeltbereichs gelten Personen, die in sozialversicherungspflichtiger Vollzeitbeschäftigung weniger als zwei Drittel des Medianentgelts aller sozialversicherungspflichtig Vollzeitbeschäftigten erzielen (Schwelle des unteren Entgeltbereichs). Diese Definition legt auch die „Organisation for Economic Cooperation and Development (OECD)“ zugrunde.

Nach Angaben der Beschäftigungsstatistik der BA erzielten im Jahr 2019 rund 4,06 Millionen sozialversicherungspflichtig Vollzeitbeschäftigte der Kerngruppe bzw. 19 Prozent aller sozialversicherungspflichtig Vollzeitbeschäftigten der Kerngruppe mit Angaben zum Entgelt ein Entgelt von weniger als zwei Drittel des Medianentgelts aller sozialversicherungspflichtig Vollzeitbeschäftigten.

Weitere Ergebnisse sind Tabelle 15* im Anhang zu entnehmen.

Entwicklung sozialversicherungsfreier geringfügiger Beschäftigung

14. Wie haben sich die Zahl und der Anteil von geringfügig Beschäftigten in den vergangenen 25 Jahren entwickelt, bitte differenzieren nach
 - a) ausschließlich entgeltgeringfügig Beschäftigten,
 - b) im Nebenjob geringfügig Beschäftigten,
 - c) zeitgeringfügig bzw. kurzfristig Beschäftigten(bitte die jüngsten verfügbaren Daten ausweisen und nach Alter, jeweils vor und nach Erreichen der Regelaltersgrenze, Geschlecht sowie Ost und West aufschlüsseln)?

Nach Angaben der Beschäftigungsstatistik der BA waren zum Stichtag 30. Juni 2019 insgesamt 7,89 Millionen geringfügig Beschäftigte gemeldet.

Weitere Ergebnisse sind den Tabellen 16 und 17* im Anhang zu entnehmen.

Daten zu ausschließlich geringfügig Beschäftigten stehen ab dem Jahr 2000, zu geringfügig Beschäftigten, auch im Nebenjob, ab dem Jahr 2003 zur Verfügung.

* Von einer Drucklegung der Tabellen wird abgesehen. Diese sind auf Bundestagsdrucksache 19/21821 auf der Internetseite des Deutschen Bundestages abrufbar.

15. Wie stellt sich die Situation von Schwarzarbeit bei geringfügiger Beschäftigung nach Einschätzung der Bundesregierung heute dar, mit Blick darauf, dass laut der Studie „Frauen im Minijob“ des Bundesministeriums für Familie, Senioren, Frauen und Jugend von 2012 32 Prozent der befragten Minijobgenden angaben, dies sei sehr verbreitet (S. 60 ff.)?

Welche Einnahmen gehen den Sozialversicherungssystemen nach Einschätzung der Bundesregierung durch Schwarzarbeit verloren (bitte jährlich aufschlüsseln)?

Geringfügig Beschäftigte werden in der Arbeitsstatistik der Finanzkontrolle Schwarzarbeit der Zollverwaltung (FKS) nicht gesondert erfasst. Daher liegen der Bundesregierung keine entsprechenden Daten im Hinblick auf die Fragestellung vor.

Es liegt in der Natur der Schwarzarbeit, die sich als Teil der Schattenwirtschaft in der Regel im Verborgenen abspielt, dass sie sich der statistischen Erfassung entzieht. Der Bundesregierung liegen daher keine Daten in Bezug auf Einnahmen vor, die den Sozialversicherungssystemen durch Schwarzarbeit bei geringfügiger Beschäftigung verloren gehen.

16. In welchen zehn Branchen finden sich die meisten sozialversicherungsfreien, kurzfristigen Beschäftigungsverhältnisse (absolut und in Relation zur Anzahl sozialversicherungspflichtig Beschäftigter)?
17. Welche Gemeinsamkeiten haben diese Branchen nach Einschätzung der Bundesregierung darüber hinaus?

Die Fragen 16 und 17 werden gemeinsam beantwortet.

Nach Angaben der Beschäftigungsstatistik der BA waren zum Stichtag 30. Juni 2019 mit 77.000 Personen die meisten kurzfristig Beschäftigten in der Landwirtschaft tätig. Auch die Relation der kurzfristig Beschäftigten bezogen auf die sozialversicherungspflichtig Beschäftigten ist mit 33 Prozent in der Landwirtschaft am höchsten. Es folgen die Wirtschaftsabteilungen „Werbung und Marktforschung“ sowie „Erbringungen von Dienstleistungen des Sports, der Unterhaltung und der Erholung“.

Weitere Ergebnisse sind Tabelle 18* im Anhang zu entnehmen. Darüber hinaus liegen der Bundesregierung keine Erkenntnisse vor.

18. Wie hoch war 2017, 2018 und 2019 der durchschnittliche Bruttomonatslohn von zeitgeringfügig („kurzfristig“) Beschäftigten (insgesamt und pro Branche)?

Wie hoch waren jeweils die durchschnittliche Wochenarbeitszeit und die Beschäftigungsdauer von kurzfristig Beschäftigten (bitte die aktuellsten verfügbaren Daten angeben)?

Falls diese Daten nicht erfasst werden, plant die Bundesregierung, dies zu ändern (bitte begründen)?

Medianentgelte werden in der Beschäftigungsstatistik der BA nur für sozialversicherungspflichtig Vollzeitbeschäftigten der Kerngruppe ausgewiesen. Informationen zur Wochenarbeitszeit liegen der Statistik der BA nicht vor.

Nach Angaben der Beschäftigungsstatistik der BA wurden im Jahr 2019 insgesamt 2,42 Millionen kurzfristige Beschäftigungsverhältnisse beendet. Die Me-

* Von einer Drucklegung der Tabelle wird abgesehen. Diese ist auf Bundestagsdrucksache 19/21821 auf der Internetseite des Deutschen Bundestages abrufbar.

diandauer betrug 0,5 Monate. Darüberhinausgehende Auswertungen sind nicht geplant.

Weitere Ergebnisse sind Tabelle 19* im Anhang zu entnehmen.

19. Wie hoch war 2017, 2018 und 2019 der durchschnittliche Bruttomonatslohn von einkommensgeringfügig Beschäftigten (insgesamt und pro Branche)?

Wie hoch waren jeweils die durchschnittliche Wochenarbeitszeit und die Beschäftigungsdauer von kurzfristig Beschäftigten (bitte die aktuellsten verfügbaren Daten angeben)?

Falls diese Daten nicht erfasst werden, plant die Bundesregierung, dies zu ändern (bitte begründen)?

Medianentgelte werden in der Beschäftigungsstatistik der BA nur für sozialversicherungspflichtig Vollzeitbeschäftigten der Kerngruppe ausgewiesen. Informationen zur Wochenarbeitszeit liegen der Statistik der BA nicht vor.

Nach Angaben der Beschäftigungsstatistik der BA wurden im Jahr 2019 insgesamt 5,04 Millionen geringfügig entlohnte Beschäftigungsverhältnisse beendet. Die Mediandauer betrug 6,7 Monate. Darüberhinausgehende Auswertungen sind nicht geplant.

Weitere Ergebnisse sind Tabelle 19* im Anhang zu entnehmen.

20. Was rechtfertigt nach Auffassung der Bundesregierung die Sozialversicherungsfreiheit kurzfristiger bzw. geringfügiger Beschäftigung?

Inwiefern ist das Fehlen eines (eigenen) Schutzbedürfnisses für Personen, die aus ihrer Beschäftigung nicht den Lebensunterhalt bestreiten, ein triftiger Grund mit Blick auf das Solidarprinzip der Sozialversicherungssysteme?

Wie lautet die Begründung mit Blick auf die Renten- und Arbeitslosenversicherung, wo geringfügig Beschäftigte „mit ihren Beiträgen – wenn auch geringe – Leistungsansprüche erwerben [könnten], die in keinem besseren oder schlechteren Äquivalenzverhältnis zu den Beiträgen stünden als Leistungen an andere Versicherte auch“ (vgl. WD 6-3000-040/20, S. 8 f.)?

Geringfügige Beschäftigungen sind als flexibles Instrument der Arbeitsmarktpolitik eingeführt worden. Sie ermöglichen auf unbürokratische Weise ein Zusatzeinkommen. Außerdem tragen sie zur Eindämmung illegaler Beschäftigung und Schwarzarbeit bei. Sie zielen ihrem Wesen nach nicht darauf ab, allein den vollen Lebensunterhalt eines Arbeitnehmers oder einer Arbeitnehmerin zu gewährleisten. Vielmehr sollen sie Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern die Möglichkeit bieten, entsprechend ihren individuellen Lebensverhältnissen eine Beschäftigung auszuüben, die im Regelfall von untergeordneter wirtschaftlicher Bedeutung ist. Dies rechtfertigt die geltenden sozialversicherungsrechtlichen Sonderregelungen.

* Von einer Drucklegung der Tabelle wird abgesehen. Diese ist auf Bundestagsdrucksache 19/21821 auf der Internetseite des Deutschen Bundestages abrufbar.

Mindereinnahmen in den Sozialversicherungssystemen

21. Einnahmen in welcher Höhe entgingen nach Schätzung der Bundesregierung den Sozialversicherungen (SV) 2017, 2018 und 2019 durch die Sozialversicherungsfreiheit
- kurzfristiger Beschäftigung und
 - geringfügiger Beschäftigung,
- verglichen mit einer vollen Sozialversicherungspflicht?

Im Vergleich zur sozialversicherungspflichtigen Beschäftigung, bei der sich der Gesamtbeitragsatz derzeit auf typischerweise 39,75 Prozent beläuft, ist bei der geringfügig entlohnten Beschäftigung ein Abgabesatz von in der Regel 28 Prozent (bei vollen Beiträgen zur Rentenversicherung: von 31,6 Prozent) zu tragen, die kurzfristige Beschäftigung ist beitragsfrei. Eine Schätzung, in welchem Umfang aus den Beitragsatzdifferenzen auf potenzielle Mindereinnahmen geschlossen werden kann, liegt der Bundesregierung nicht vor.

Das Beitragsaufkommen aus geringfügig entlohnten Beschäftigungen stieg im Zeitraum 2017 bis 2019 von 7,2 auf 7,4 Mrd. Euro an (s. Tabelle). Bei der beitragsfreien kurzfristigen Beschäftigung, zu der keine Entgeltangaben vorliegen, ging die starken saisonalen Schwankungen unterliegende Beschäftigtenzahl in den Jahren von 2017 bis 2019 von 309.000 auf 294.000 zurück (Werte jeweils zum Stichtag 30.06., s. Tabelle).

Tabelle: Beitragsaufkommen zur Sozialversicherung aus geringfügig entlohnten Beschäftigungen 2017 bis 2019 [Mio. Euro]

Jahr	Beitragsaufkommen
2017	7.195,4
2018	7.318,7
2019	7.412,6

Quelle: Knappschaft Bahn See – Minijob-Zentrale

Tabelle: Kurzfristig Beschäftigte am 30.06. [Tsd.]

Jahr	Anzahl
2017	308,7
2018	305,8
2019	293,7

Quelle: Bundesagentur für Arbeit, Beschäftigungsstatistik

22. Wie hoch schätzt die Bundesregierung die jährlichen Verluste für die SV-Systeme, die mit unbezahlter Mehrarbeit zu einem durchschnittlichen Brutto-Stundenlohn einhergehen, mit Blick darauf, dass nach Angaben der Bundesregierung Beschäftigte allein im Jahr 2018 knapp 1 1 Milliarde unbezahlte Überstunden (vgl. Bundestagsdrucksache 19/15098) leisteten (für die vergangenen zehn Jahre angeben)?

Schätzungen zu hypothetischen Mehreinnahmen der Sozialversicherung unter den in der Fragestellung gesetzten Annahmen liegen der Bundesregierung nicht vor.

23. Wie haben sich in den vergangenen 15 Jahren die jährlichen Krankschreibungen aufgrund arbeitsbedingter psychischer Störungen entwickelt (bitte nach Branchen differenzieren und die zehn Branchen mit dem höchsten Anteil an Krankschreibungen einzeln ausweisen)?

Die Anzahl der jährlichen Krankschreibungen aufgrund arbeitsbedingter psychischer Störungen liegen der Bundesregierung nicht vor. Einzelne Kassenarten, so auch das Wissenschaftliche Institut der Ortskrankenkassen (WidO) für die Allgemeinen Ortskrankenkassen (AOK), werten die Arbeitsunfähigkeitsfälle nach Branchen aus, allerdings sind auch hier nicht die Ursachen, hier arbeitsbedingt, erfasst.

24. Wie hoch schätzt die Bundesregierung die jährlichen Mindereinnahmen der Sozialversicherung, die mit der gesetzeswidrigen Vorenthaltung des Mindestlohns einhergehen, mit Blick darauf, dass das Deutsche Institut für Wirtschaftsforschung davon ausgeht, dass 2,4 Millionen Beschäftigte im Jahr 2017 unterhalb des gesetzlichen Mindestlohns entlohnt wurden (DIW Wochenbericht 28/2019)?

Der Bundesregierung liegen hierzu keine Erkenntnisse vor.

25. Welche Mehreinnahmen in der Sozialversicherung würden mit einer Erhöhung des Mindestlohns von aktuell 9,35 Euro auf
- 12 Euro,
 - 13 Euro,
 - 14 Euro pro Stunde
- einhergehen?

Der Bundesregierung liegen hierzu keine Erkenntnisse vor.

26. In welcher Höhe wurden Arbeitnehmer bei der dreimaligen Senkung des Beitragssatzes in der Arbeitslosenversicherung innerhalb dieser Legislaturperiode durchschnittlich monatlich entlastet (bitte anhand der jeweils geltenden Brutto-Medianlöhne sowie der Niedriglohnschwelle angeben)?
- Wie hoch fallen insgesamt die Mindereinnahmen in der Arbeitslosenversicherung durch diese Beitragssenkungen aus?

Die jüngste verfügbare Angabe zum Brutto-Medianlohn liegt für das Jahr 2018 vor. Sie beträgt nominal 17,10 Euro pro Stunde (DIW-Wochenbericht 7/2020, Seite 93, Fußnote 6). Die Niedriglohnschwelle beträgt zwei Drittel hiervon, was 11,40 Euro pro Stunde entspricht. Unter Annahme einer Wochenarbeitszeit von 39 Stunden sowie von 22 Arbeitstagen pro Monat ergeben sich auf dieser Basis rechnerische Bruttomonatslöhne von 2.934,36 Euro beziehungsweise 1.956,27 Euro. Die Senkung des Beitragssatzes zur Arbeitsförderung um insgesamt 0,6 Prozentpunkte seit Beginn dieser Legislaturperiode führt bei diesen Bruttomonatslöhnen zu einer Entlastung der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern von 8,80 Euro beziehungsweise 5,87 Euro monatlich. Ein um 0,6 Prozentpunkte geringerer Beitragssatz bedeutet entsprechend den Begründungen zum Qualifizierungschancengesetz, zur Beitragssatzverordnung 2019 und zu ersten Verordnung zur Änderung der Beitragssatzverordnung 2019 Beitragsmindereinnahmen in der Arbeitsförderung von etwa 7,2 Mrd. Euro jährlich.

Zukunft der sozialen Sicherungssysteme

27. Wie beurteilt die Bundesregierung die jüngst erfolgten Senkungen der Beitragssätze der Arbeitslosenversicherung im Licht der aktuellen Krise und der realistischen Einschätzung, dass die Rücklagen der BA nicht ausreichen und Steuerzuschüsse notwendig werden?

Ende des Jahres 2019 betrug die allgemeine Rücklage der Bundesagentur für Arbeit (BA) rund 25,8 Milliarden Euro. Sie hatte damit den Wert von 0,65 Prozent des Bruttoinlandsprodukts erreicht, der nach Einschätzung des Instituts für Arbeitsmarkt und Berufsforschung (IAB) erforderlich ist, um in einer Wirtschaftskrise die Ausgaben der BA ohne Inanspruchnahme eines Bundesdarlehens zu decken. Vor diesem Hintergrund waren die Entscheidungen sachgerecht, den Beitragssatz zur Arbeitsförderung zum 1. Januar 2019 und zum 1. Januar 2020 zu senken.

Die Entscheidung, den Beitragssatz abzusenken, ist nach wie vor sachgerecht. Die durch das IAB ermittelte erforderliche Rücklagenhöhe orientiert sich an ökonomischen Krisensituationen von bisher bekanntem Ausmaß und Verlauf. Der Wert kann hingegen nicht die Rücklagenhöhe widerspiegeln, die in Situationen erforderlich wäre, in denen pandemiebedingt Wirtschaft und Gesellschaft zum Schutz des Lebens der Menschen abrupt heruntergefahren werden müssen. Eine für solche Situationen erforderliche Rücklagenhöhe kann nicht verlässlich kalkuliert werden. Dies ist auch nicht erforderlich, denn der Zweck der Liquiditätssicherung durch den Bund besteht darin, die Leistungsfähigkeit der BA auch in solchen Situationen sicherzustellen, in denen die BA vorübergehend zusätzliche Aufgaben von so erheblicher gesamtgesellschaftlicher Bedeutung wahrnimmt, dass sie die Möglichkeiten des Beitragshaushalts übersteigen.

28. Hält die Bundesregierung die Entscheidung, den Unternehmen bei Kurzarbeit die vollen Sozialversicherungsbeiträge zurückzuerstatten, angesichts der nun leeren Kassen und zukünftig notwendigen Steuerzuschüsse weiterhin für richtig – auch angesichts des noch anstehenden Transformationsprozesses (bitte begründen)?

Mit Zuschüssen aus Steuermitteln in welcher Höhe rechnet die Bundesregierung für die einzelnen Sozialversicherungszweige?

Die Bundesregierung hält die Erstattung der Sozialversicherungsbeiträge durch die Bundesagentur für richtig. Sie erfolgt – wie in der Finanzkrise in den Jahren 2008 und 2009 – an die Arbeitgeber und leistet damit einen Beitrag dazu, den Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern ihre Arbeitsplätze und den Betrieben ihre eingearbeiteten Beschäftigten zu erhalten. Dazu zeigt sich mittlerweile, dass das Instrument erfolgreich ist, denn eine größere Kündigungswelle konnte bisher vermieden werden. Dies ist auch mit Rücksicht auf den anstehenden Transformationsprozess in manchen Branchen ein guter Erfolg. Es ermöglicht den von Transformationsbedarf betroffenen Unternehmen, diesen Prozess gemeinsam mit dem Betriebsrat zu gestalten und den betroffenen Beschäftigten Perspektiven zu eröffnen. Aus Sicht der Bundesregierung ist es gerechtfertigt, die gesamten Sozialversicherungsbeiträge den Arbeitgebern zu erstatten, denn die Arbeitsausfälle und mithin die Einnahmeausfälle sind in dieser unvorbereitet hereingebrochenen Krise außergewöhnlich hoch; teilweise betragen sie 100 Prozent. Zudem sind die Arbeitgeber während der Zeit des Arbeitsausfalls durch die Finanzierung der Remanenzkosten erheblich belastet. Die Verordnung, mit der unter anderem die Erstattung der Sozialversicherungsbeiträge eingeführt wurde, ist bis zum 31. Dezember 2020 befristet. Eine Bewertung für

den sich anschließenden Zeitraum wird die Bundesregierung zur gegebenen Zeit vornehmen. Nach den bisher für den Haushalt der BA des Jahres 2020 bewilligten überplanmäßigen Ausgaben stehen für die Erstattung der Sozialversicherungsbeiträge beim Bezug von Kurzarbeitergeld rund 10 Mrd. Euro zur Verfügung. Inwieweit diese über Beitragseinnahmen, Abbau der Rücklage oder die Liquiditätssicherung des Bundes getragen werden, lässt sich nicht ermitteln, da im Haushalt der BA alle Einnahmen zur Deckung aller Ausgaben herangezogen werden.

29. Wie viele Betrugsfälle beim Kurzarbeitergeld wurden 2009/2010 festgestellt, und wie viele Fälle wurden geahndet (bitte Anzahl und Anteil ausweisen)?

Wie hoch schätzt die Bundesregierung die missbräuchliche Inanspruchnahme von Kurzarbeitergeld seitens der Unternehmen angesichts der Anfang März beschlossenen deutlichen Erleichterung beim Bezug des Kurzarbeitergeldes und einiger bereits bestehender Betrugsfälle?

1. Leistungsmissbrauch 2009/2010

Valide Zahlen zu Betrugsfällen liegen der BA nicht vor, da die Ahndung von Betrugsfällen nicht im Zuständigkeitsbereich der Bundesagentur für Arbeit liegt, sondern bei der örtlich zuständigen Justiz. Die Anzahl von Fällen, in welchen Betrug festgestellt wurde, sowie die Anzahl von Fällen, in welchen die entsprechenden Delikte geahndet wurden, sind Gegenstand der Kriminalitätsstatistik der Länder.

In der Finanzkrise 2009/2010 meldeten 60.000 Firmen Kurzarbeit an, davon gingen bei der BA in 1.500 Fällen Hinweise auf falsche Angaben ein. Von diesen wurden 850 Fälle an die Staatsanwaltschaft und die Zollbehörden abgegeben.

2. Leistungsmissbrauch Kurzarbeitergeld aktuell

Valide Zahlen zu Betrugsfällen liegen der BA nicht vor (siehe zu 1.). Im ersten Halbjahr 2020 haben rund 890.000 Betriebe Kurzarbeit angezeigt. Der BA wurden bisher in 890 Fällen Hinweise auf möglichen Leistungsmissbrauch wegen falscher Angaben im Zusammenhang mit der Anzeige und Abrechnung von Kurzarbeitergeld erteilt. Davon wurden acht an Staatsanwaltschaften und 114 an die Zollbehörden abgegeben.

Aufgrund der im Vergleich zur Finanzkrise 2009/2010 schon jetzt erkennbaren Steigerung von Kurzarbeitergeld-Beziehenden insgesamt wird mit einer im Verhältnis ebenfalls steigenden Anzahl von Verdachtsfällen auf Leistungsmissbrauch gerechnet. Hinweise zu außergewöhnlichen Häufungen von Leistungsmissbrauchsfällen sind bisher nicht bekannt.

Durch das dreistufige Verfahren der Anzeige, Abrechnung und Abschlussprüfung bei Kurzarbeitergeldbezug bestehen verschiedene Prüfanlässe zur Feststellung eines möglichen Leistungsmissbrauchs. Hinzu kommen Stichprobenprüfungen und – bei Vorliegen von Hinweisen – anlassbezogene Prüfungen. Die bisherigen Methoden, mögliche Missbrauchsfälle zu erkennen, werden aktuell angepasst und weiterentwickelt, um Risiken von Leistungsmissbrauch im Zusammenhang mit Kurzarbeit auch in der Krise möglichst gering zu halten.

30. Plant die Bundesregierung, Arbeitgeber nach der Krise stärker zur Finanzierung der Sozialversicherungssysteme heranziehen?

Falls ja, in welcher Form, falls nein, warum nicht?

Die Leistungen der gesetzlichen Kranken-, Pflege- und Rentenversicherung und der Arbeitsförderung werden in erster Linie durch die Beiträge der versicherten Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer sowie deren Arbeitgeber finanziert. Es ist Ausdruck des in der Sozialversicherung verankerten Solidarprinzips, dass diese Beiträge grundsätzlich von beiden Parteien paritätisch getragen werden. Die COVID-19-Pandemie und die weltweiten Maßnahmen zu ihrer Eindämmung stellen zwar den Arbeitsmarkt und die Systeme der Sozialversicherung vor besondere Herausforderungen. Dies wird jedoch nicht als Anlass dafür gesehen, von der bestehenden Finanzierung der Sozialversicherung einseitig zu Lasten der Arbeitgeber abzuweichen.

31. Wie begründet die Bundesregierung die nun im Konjunkturpaket beschlossene Deckelung der Sozialbeiträge im Rahmen der Sozialgarantie 2021 auch im Hinblick auf die zukünftige Ausgestaltung der sozialen Sicherungssysteme?

Durch die Auswirkungen der Corona-Pandemie steigen die Ausgaben in allen Sozialversicherungen. Um eine dadurch bedingte Steigerung der Lohnnebenkosten zu verhindern, wurden im Rahmen einer „Sozialgarantie 2021“ die Sozialversicherungsbeiträge bei maximal 40 Prozent stabilisiert, indem darüber hinaus gehende Finanzbedarfe aus dem Bundeshaushalt jedenfalls bis zum Jahr 2021 gedeckt werden. Dadurch werden die Nettoeinkommen der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer geschützt und den Arbeitgebern Verlässlichkeit und Wettbewerbsfähigkeit gegeben.

32. Was plant die Bundesregierung zur Stärkung der Tarifbindung mit Blick darauf, dass laut Deutschem Gewerkschaftsbund (DGB) den Sozialversicherungen jedes Jahr rund 24,8 Milliarden Euro Beiträge durch Tarifflucht und Lohndumping entgehen (www.dgb.de/zukunftsdialog/tarif/tarifflucht-atlas; bitte begründen)?

Die Bundesregierung hat in der letzten Legislaturperiode mit dem Tarifautonomiestärkungsgesetz neben der Einführung eines allgemeinen gesetzlichen Mindestlohns unter anderem die Voraussetzungen für die Allgemeinverbindlicherklärung (AVE) von Tarifverträgen nach dem Tarifvertragsgesetz (TVG) erleichtert. Zudem wurde die Festsetzung tarifgestützter Branchenmindestlöhne auf Basis des Arbeitnehmer-Entsendegesetzes (AEntG) novelliert, indem das Gesetz für alle Branchen geöffnet wurde.

In dieser Legislaturperiode liegt der Fokus des Bundesministeriums für Arbeit und Soziales auf Überlegungen, wie die mitgliedschaftliche Tarifbindung wieder gestärkt werden kann. Es hat sich mit dieser Frage im Rahmen des Zukunftsdialogs „Neue Arbeit. Neue Sicherheit“ intensiv auseinandergesetzt und im Ergebnisbericht Maßnahmen skizziert, um die Sozialpartnerschaft angesichts einer zurückgehenden Tarifbindung zu erneuern. Anders als das Tarifautonomiestärkungsgesetz, das vor allem die Breitenwirkung von Tarifverträgen erhöhen wollte, zielen die Maßnahmen darauf ab, die originäre, auf Mitgliedschaft basierende Tarifbindung zu stärken. Der Ergebnisbericht des Zukunftsdialogs kann abgerufen werden unter: <https://www.bmas.de/DE/Service/Medien/Publikationen/a894-zukunftsdialog-ergebnisbericht.html>.

**Tabelle 1: Entwicklung am Arbeitsmarkt und in den sozialen Sicherungssystemen
Beitragseinnahmen, Ausgaben für das Arbeitslosengeld und konjunkturelles Kurzarbeitergeld,
registrierte Arbeitslose*, Entwicklung des preisbereinigten BIP**

Einnahmen und Ausgaben in tausend Euro

Bundesgebiet

1995-2019

Jahr	Beitragseinnahmen	Arbeitslosengeld	konjunkturelles Kug	registrierte Arbeitslose	Veränderung preisbereinigtes BIP (ggü Vorjahr) in %
1995	43.129.618	24.635.540	526.826	3.611.921	1,5
1996	43.496.930	28.449.624	750.136	3.965.064	0,8
1997	43.865.060	30.272.398	534.270	4.384.456	1,8
1998	44.055.721	26.996.355	335.579	4.280.630	2,0
1999	45.140.784	24.846.441	314.379	4.100.499	1,9
2000	46.359.142	23.595.912	334.842	3.889.695	2,9
2001	47.336.629	24.613.072	415.177	3.852.564	1,7
2002	47.405.000	27.000.254	603.529	4.061.345	-0,2
2003	47.336.700	29.039.747	687.116	4.376.795	-0,7
2004	47.210.567	29.064.047	637.449	4.381.281	1,2
2005	46.988.620	27.008.250	416.079	4.860.909	0,7
2006	51.176.403	22.877.982	150.309	4.487.305	3,8
2007	32.263.683	16.924.201	79.998	3.760.586	3,0
2008	26.451.742	13.856.668	110.086	3.258.954	1,0
2009	22.046.114	17.282.755	2.975.431	3.414.992	-5,7
2010	22.614.308	16.594.477	1.679.867	3.238.965	4,2
2011	25.433.508	13.769.594	368.392	2.976.488	3,9
2012	26.569.971	13.805.603	191.729	2.897.126	0,4
2013	27.593.936	15.380.906	228.861	2.950.338	0,4
2014	28.714.462	15.343.755	157.377	2.898.388	2,2
2015	29.940.669	14.824.641	136.528	2.794.664	1,7
2016	31.185.901	14.403.671	135.572	2.690.975	2,2
2017	32.501.223	14.016.770	89.193	2.532.837	2,5
2018	34.171.735	13.730.267	59.589	2.340.082	1,5
2019	29.851.457	14.983.087	157.135	2.266.720	0,6

Quelle Finanzen: Business Warehouse und Statistik der BA

Quelle Veränderung preisbereinigtes BIP: Statistisches Bundesamt (www.destatis.de)

*registrierte Erwerbslose: durchschn. Jahresbestand an Arbeitslosen gemäß Statistik der BA

Tabelle 2: Abgänge aus Arbeitslosigkeit und abgeschlossene Dauer der Arbeitslosigkeit nach Rechtskreisen

Deutschland

1998 bis 2019

Jahr	Insgesamt		SGB III	
	Abgänge	abgeschlossene Dauer in Wochen	Abgänge	abgeschlossene Dauer in Wochen
	1	2	3	4
1998	7.481.062	37,9	-	-
1999	7.218.277	37,1	-	-
2000	7.049.345	39,0	-	-
2001	6.743.841	38,3	-	-
2002	6.992.248	37,6	-	-
2003	7.540.308	37,5	-	-
2004	8.085.896	38,2	-	-
2005	7.649.380	38,4	-	-
2006	8.046.660	40,1	-	-
2007	8.731.287	45,5	4.178.360	28,9
2008	8.599.750	42,2	4.014.145	24,4
2009	9.023.551	36,9	4.331.595	18,9
2010	9.403.254	37,9	4.160.224	19,7
2011	8.444.474	37,2	3.570.475	19,1
2012	7.715.971	37,1	3.253.483	17,9
2013	7.743.808	37,4	3.387.522	18,5
2014	7.759.371	38,1	3.403.221	18,6
2015	7.598.368	38,0	3.362.487	18,4
2016	7.817.261	38,3	3.416.751	17,4
2017	7.737.411	37,5	3.593.327	16,9
2018	7.387.897	37,0	3.437.056	16,5
2019	7.225.522	36,1	3.406.200	16,2

Quelle: Statistik der Bundesagentur für Arbeit

Tabelle 3: Durchschnittliche Anspruchshöhe von Leistungsbeziehenden bei Arbeitslosigkeit in Euro

Zeitreihe

Daten zu Arbeitslosengeld nach dem SGB III (Alg) nach einer Wartezeit von 2 Monaten.

Jahresdurchschnitt/ Berichtsmonat	Anspruch einschl. Sozialver- sicherungs- beiträge ¹⁾	dav. (Sp. 1)		dav. (Sp. 3)		
		Anspruch	Sozialver- sicherungs- beiträge	Renten- versicherung	Kranken- versicherung	Pflege- versicherung
				4	5	6
1	2	3	4	5	6	
2005	X	768,72	X	X	X	X
2006	X	776,03	X	X	X	X
2007	1.292,35	765,69	526,66	294,57	208,09	24,00
2008	1.268,61	747,54	521,07	288,35	207,93	24,79
2009	1.292,22	758,68	533,53	291,07	215,15	27,32
2010	1.346,36	793,85	552,51	304,43	219,60	28,49
2011	1.384,21	813,74	570,47	310,96	230,57	28,95
2012	1.396,73	823,32	573,41	309,61	234,52	29,28
2013	1.415,93	839,09	576,84	305,80	239,80	31,24
2014	1.457,30	863,36	593,94	314,19	247,36	32,39
2015	1.500,28	886,94	613,34	321,80	254,01	37,54
2016	1.546,48	911,65	634,83	331,02	264,54	39,27
2017	1.588,47	934,02	654,45	339,25	271,97	43,22
2018	1.629,40	958,46	670,94	347,15	278,98	44,81
2019	1.704,03	1.004,05	699,98	358,57	287,01	54,40

Quelle: Statistik der Bundesagentur für Arbeit

1) Summe aus Anspruch auf Arbeitslosengeld und Sozialversicherungsbeiträgen

**Tabelle 4: Harmonisierter Verbraucherpreisindex
(inkl. Veränderungsraten): Deutschland, Jahre**

Harmonisierter Verbraucherpreisindex

Tabelle 8: Abgang aus Arbeitslosigkeit in Beschäftigung am 1. Arbeitsmarkt und Verbleib nach 3, 6 und 12

Jahr	Harmonisierter Verbraucherpreisindex		Veränderungsrate zum Vorjahr	
	2015=100		Prozent	
1996	75,7	e	-	
1997	76,9	e	1,5	e
1998	77,3	e	0,6	e
1999	77,8	e	0,6	e
2000	78,9	e	1,4	e
2001	80,4	e	1,9	e
2002	81,5	e	1,3	e
2003	82,4	e	1,1	e
2004	83,8	e	1,8	e
2005	85,5	e	1,9	e
2006	87	e	1,8	e
2007	89	e	2,3	e
2008	91,4	e	2,8	e
2009	91,6	e	0,2	e
2010	92,7	e	1,1	e
2011	95	e	2,5	e
2012	97	e	2,2	e
2013	98,6	e	1,6	e
2014	99,3	e	0,8	e
2015	100	e	0,7	e
2016	100,4	e	0,4	e
2017	102,1	e	1,7	e
2018	104	e	1,9	e
2019	105,5	e	1,4	e

Quelle: Statistisches Bundesamt (Destatis), 2020

Tabelle 5: Bestand an erwerbsfähigen Leistungsberechtigten (ELB) und Aufstockern

Jahresdurchschnitte

Daten zu Leistungen nach dem SGB II nach einer Wartezeit von 3 Monaten.

Aufgrund der Revision der Arbeitslosengeldstatistik können Daten zu Aufstockern von zuvor veröffentlichten Werten abweichen.

Jahres- durchschnitt	ELB	dar. (Sp. 1)			Anteil der Aufstocker an allen ELB in Prozent	Anteil der arbeitslosen Aufstocker an arbeitslosen ELB in Prozent
		arbeitslos	Aufstocker ¹⁾	dar. (Sp.3)		
				arbeitslos		
1	2	3	4	5	6	
2007	5.239.544	2.442.588	112.437	83.043	2,1	3,4
2008	4.973.153	2.182.889	104.495	77.639	2,1	3,6
2009	4.865.963	2.144.443	124.940	94.633	2,6	4,4
2010	4.837.846	2.069.980	106.605	79.166	2,2	3,8
2011	4.564.997	1.988.973	84.734	64.096	1,9	3,2
2012	4.402.946	1.904.798	91.645	68.914	2,1	3,6
2013	4.389.820	1.897.287	103.252	77.468	2,4	4,1
2014	4.354.239	1.875.113	101.242	74.964	2,3	4,0
2015	4.327.206	1.843.829	96.929	71.029	2,2	3,9
2016	4.311.782	1.776.772	85.722	62.343	2,0	3,5
2017	4.362.181	1.664.154	80.315	62.762	1,8	3,8
2018	4.141.330	1.523.374	75.405	57.145	1,8	3,8
2019	3.894.008	1.433.640	75.499	56.624	1,9	3,9

Quelle: Statistik der Bundesagentur für Arbeit

1) Aufstocker sind Leistungsbezieher, die gleichzeitig Arbeitslosengeld nach dem SGB III und Arbeitslosengeld II nach dem SGB II beziehen. Der Begriff des Aufstockers wurde im Zuge der Revision der Arbeitslosengeldstatistik in drei Punkten bezogen auf das SGB III revidiert.

a) Nunmehr werden auch Personen, deren Arbeitslosengeld im Beginnmonat des Grundsicherungsbezugs endet, als Aufstocker gezählt. Sie können nicht aus den Aufstockern herausgerechnet werden.

b) Die Definition schließt nun Personen in einer Sperrzeit, die früher enthalten waren, aus.

c) Des Weiteren werden Personen, die Arbeitslosengeld bei Weiterbildung beziehen als Aufstocker gezählt.

In der Folge steigt die Zahl der Aufstocker um rund 10% gegenüber früheren Veröffentlichungen an.

Tabelle 6: Erwerbslose Personen¹⁾ mit einem Nettoäquivalenzeinkommen von weniger als 60 % des Medianeinkommens nach regionaler Differenzierung

	2005	2006	2007	2008	2009	2010	2011	2012	2013	2014	2015	2016	2017	2018	2019
	Armutsgefährdungsquote in %														
	Auf Basis des Bundesmedians														
Bundesrepublik Deutschland	49,6	49,4	53,5	56,0	53,7	54,0	58,5	59,1	58,7	57,6	59,0	56,9	57,2	57,4	57,9
Früheres Bundesgebiet (ohne Berlin)	44,9	45,1	48,9	51,8	48,5	48,9	53,8	54,4	53,8	53,2	54,4	52,9	53,4	53,7	54,3
Neue Bundesländer (inkl. Berlin)	57,3	56,6	61,0	62,7	63,1	63,6	67,5	68,2	68,7	67,0	69,2	66,9	66,7	67,1	68,0
	Auf Basis des regionalen Medians														
Früheres Bundesgebiet (ohne Berlin)	47,9	48,2	52,0	55,1	51,7	52,3	57,0	57,8	56,7	55,9	56,9	55,1	55,3	56,0	56,4
Neue Bundesländer (inkl. Berlin)	43,8	42,9	48,1	52,1	52,2	51,8	54,7	52,8	53,1	51,1	55,4	56,8	59,1	59,3	60,3
	armutsgefährdete erwerbslose Personen in 1.000														
	Auf Basis des Bundesmedians														
Bundesrepublik Deutschland	2.267	2.102	1.927	1.756	1.733	1.591	1.405	1.313	1.279	1.203	1.149	1.008	926	841	793
Früheres Bundesgebiet (ohne Berlin)	1.298	1.225	1.108	1.024	1.032	965	854	806	798	758	736	671	626	576	555
Neue Bundesländer (inkl. Berlin)	964	873	815	728	693	617	547	505	479	443	411	335	300	264	237
	Auf Basis des regionalen Medians														
Früheres Bundesgebiet (ohne Berlin)	1.385	1.310	1.178	1.088	1.101	1.034	905	855	841	797	771	700	648	600	576
Neue Bundesländer (inkl. Berlin)	736	662	644	604	574	503	443	391	370	338	329	285	266	233	211

Ergebnisse des Mikrozensus, IT.NRW - Die Hochrechnung basiert auf den fortgeschriebenen Ergebnissen des Zensus 2011. Durch Effekte der Umstellung auf eine neue Stichprobe sowie durch Sondereffekte im Kontext der Bevölkerungsentwicklung ist die Vergleichbarkeit der Mikrozensusergebnisse für das Berichtsjahr 2016 mit den Vorjahren eingeschränkt.

¹⁾ Nach dem "Labour-Force-Konzept" der International Labour Organization (ILO).

Tabelle 7: Armutsrisikoquote arbeitsloser Personen ^{1) 2)} nach Geschlecht und im Vergleich der EU-Mitgliedstaaten in %

	2007	2008	2009	2010	2011	2012	2013	2014	2015	2016	2017	2018
Bundesrepublik Deutschland	56,9	62,0	70,0	67,7	69,3	69,2	67,6	69,1	70,8	70,5	69,2	-
davon Männer	55,9	63,8	70,4	69,2	66,4	69,8	71,4	72,1	70,0	71,6	70,3	-
davon Frauen	57,9	60,2	69,6	66,1	72,4	68,5	63,5	65,4	71,7	69,2	68,1	-
Europäische Union	45,1	45,5	45,7	45,9	46,5	46,6	47,4	47,5	48,7	48,0	48,7	-
Belgien	34,7	33,4	31,0	38,1	35,3	45,8	43,2	40,2	46,2	49,0	50,6	-
Bulgarien	55,5	53,0	49,0	52,6	48,8	47,7	50,5	53,3	54,9	58,6	56,0	58,7
Tschechien	48,5	47,3	41,2	46,4	46,6	44,3	47,8	48,6	52,3	48,6	52,8	52,3
Dänemark	34,2	42,1	36,0	28,2	27,9	33,3	28,1	37,8	38,4	43,9	44,8	48,1
Estland	60,6	55,2	46,7	52,1	55,5	55,1	54,7	54,8	54,8	50,1	51,9	-
Irland	28,2	28,4	27,8	31,9	34,7	37,0	37,2	41,0	40,7	41,6	48,2	-
Griechenland	37,0	37,9	38,6	44,3	45,8	46,5	45,9	44,7	46,9	45,2	43,0	44,6
Spanien	37,5	39,1	40,8	40,7	43,9	44,8	48,1	46,5	49,4	47,9	50,9	-
Frankreich	39,7	37,1	33,5	36,7	36,2	36,0	31,4	37,2	38,4	38,0	37,1	-
Kroatien	-	-	45,0	42,2	43,2	43,3	43,0	42,7	43,4	45,3	47,5	-
Italien	44,6	41,9	45,6	47,6	45,1	47,2	48,2	47,0	46,0	42,2	45,9	-
Zypern	21,2	37,7	35,8	36,8	31,5	33,6	32,7	42,0	37,3	36,4	41,2	-
Lettland	50,9	57,5	48,0	50,0	52,0	56,0	53,4	54,9	55,8	56,5	59,6	57,7
Litauen	52,3	53,7	56,1	53,0	54,4	61,0	62,6	62,3	60,5	61,5	62,3	-
Luxemburg	52,3	45,1	42,8	42,4	51,9	52,3	50,1	43,7	44,9	54,5	49,6	-
Ungarn	49,2	47,4	44,9	47,1	49,8	53,3	54,2	54,4	48,2	50,8	53,2	56,4
Malta	29,3	32,6	43,7	43,6	47,7	49,1	49,2	58,1	45,2	57,6	58,7	-
Niederlande	36,1	41,6	32,1	33,4	34,0	34,7	36,7	36,0	44,7	46,4	46,9	52,4
Österreich	47,0	38,3	38,4	39,4	44,9	45,7	44,7	41,1	47,3	45,1	45,9	43,3
Polen	38,8	42,1	45,3	43,7	42,6	43,7	42,9	45,7	46,6	42,6	37,0	37,9
Portugal	34,7	37,0	36,8	35,9	38,5	40,4	40,6	41,9	41,6	44,7	45,6	-
Rumänien	44,6	45,5	46,6	47,8	53,1	54,5	49,1	56,1	51,4	52,9	48,5	49,6
Slowenien	37,7	43,5	44,2	44,6	46,9	46,2	45,4	44,9	44,7	41,7	45,5	43,6
Slowakei	43,4	48,7	41,2	42,6	44,6	44,1	48,8	45,4	48,0	49,5	51,2	-
Finnland	42,7	51,3	45,3	43,4	45,3	37,3	46,4	39,5	37,3	35,7	39,0	39,7
Schweden	40,6	42,1	40,6	42,5	43,1	45,4	42,2	39,4	50,3	50,6	58,1	62,2

Ergebnisse aus "Leben in Europa" (EU-SILC), veröffentlicht in der Eurostat-Datenbank.

- 1) Personen, die für das angegebene Jahr überwiegend arbeiten, arbeitslos gewesen zu sein.
 2) Ausgewiesen wird das Jahr, in dem die Einkommen erzielt wurden.

Tabelle 8: Abgang aus Arbeitslosigkeit in Beschäftigung am 1. Arbeitsmarkt und Verbleib nach 3, 6 und 12 Monaten in der Arbeitnehmerüberlassung (ANÜ) und in befristete Beschäftigung - Rechtskreis SGB II

Deutschland
2018 bis 6/2020

Zeitraum	Kategorie	Abgang aus Arbeitslosigkeit in Beschäftigung am 1. Arbeitsmarkt	2		3		4		5		6		7		8		9		10		11			
			dar.: unmittelbar nach Abgang sozialversicher- ungspflichtig beschäftigt		Insgesamt		dar. (Sp.3) durchgängig beschäftigt		Insgesamt		dar. (Sp.6) durchgängig beschäftigt		Insgesamt		dar. (Sp.9) durchgängig beschäftigt		Insgesamt		dar. (Sp.9) durchgängig beschäftigt		Insgesamt			
							absolut		Anteil in % (Sp.2)		absolut		absolut		absolut		absolut		absolut		absolut		Anteil in % (Sp.2)	
2018	Insgesamt	581.240	518.351	427.732	399.302	77,0	382.005	329.490	83,6	321.400	281.219	50,4												
	dar. in ANÜ	-	128.669	85.167	78.611	61,1	67.076	56.966	44,3	41.162	32.853	25,5												
	dar. bei Abgang befristet	-	245.815	198.790	187.489	76,3	179.042	153.934	62,6	150.031	121.521	49,4												
	nach Auswahl und Vorschlag	65.397	60.369	47.613	44.681	74,0	42.641	36.449	80,4	35.941	29.259	48,5												
2019	dar. in ANÜ	-	21.564	13.893	12.824	59,5	10.980	9.339	43,3	6.815	5.535	25,7												
	dar. bei Abgang befristet	-	28.771	22.636	21.300	74,0	20.198	17.323	60,2	16.995	13.850	48,1												
	Insgesamt	526.672	470.685	385.889	365.293	77,6	-	-	-	-	-	-												
	dar. in ANÜ	-	101.428	66.283	61.142	60,3	-	-	-	-	-	-												
2020	dar. bei Abgang befristet	-	216.569	176.160	166.644	76,9	-	-	-	-	-	-												
	nach Auswahl und Vorschlag	50.919	47.088	37.784	35.884	75,8	-	-	-	-	-	-												
	dar. in ANÜ	-	14.571	9.425	8.776	60,2	-	-	-	-	-	-												
	dar. bei Abgang befristet	-	21.756	17.372	16.463	75,7	-	-	-	-	-	-												
1/2020 - 6/2020	Insgesamt	187.880	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-												
	dar. in ANÜ	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-												
	dar. bei Abgang befristet	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-												
	nach Auswahl und Vorschlag	14.403	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-												
dar. in ANÜ	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-													
dar. bei Abgang befristet	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-													

Quelle: Statistik der Bundesagentur für Arbeit

Tabelle 9: Zugänge in Arbeitslosigkeit aus dem 1. Arbeitsmarkt und aus der Arbeitnehmerüberlassung (ANÜ)

Deutschland
2008 bis 6/2020

Berichtsjahr	Insgesamt	dar. aus sozialversicherungspflichtiger Beschäftigung		dar. aus geringfügiger Beschäftigung
		Insgesamt	dar. aus Arbeitnehmerüberlassung (ANÜ)	
	1	2	3	4
2008	623.137	513.277	151.150	31.354
2009	635.014	527.075	134.573	33.130
2010	693.924	574.714	155.337	37.365
2011	736.586	619.804	185.826	36.611
2012	663.666	564.111	161.350	32.146
2013	635.740	541.368	141.008	30.778
2014	625.443	534.273	141.575	29.345
2015	610.530	527.341	138.551	25.129
2016	581.924	509.471	129.556	19.526
2017	464.106	400.272	110.922	16.938
2018	455.659	396.286	114.500	15.417
2019	443.239	387.626	104.060	14.152
1/2020 bis 6 2020	229.713	203.956	46.710	7.170

Quelle: Statistik der Bundesagentur für Arbeit

Tabelle 10: Zeitreihe erwerbstätige erworbene Leistungsberechtigte nach Art der Erwerbstätigkeit

Deutschland
Zeitreihe

Daten zu Leistungen nach dem SGB II nach einer Wartezeit von 3 Monaten.
Auswertungen für erwerbstätige erworbene Leistungsberechtigte (ELB) nach Merkmalen der Beschäftigungsstatistik haben eine Wartezeit von 6 Monaten.

Aufgrund einer Umstellung im Meldeverfahren zur Sozialversicherung ist eine geringfügige Verschiebung von Vollzeit auf Teilzeit zwischen den Monaten Dezember 2010 und Januar 2011 zu verzeichnen. Dies ist beim Vergleich der Daten in der Zeitreihe entsprechend zu berücksichtigen.

Zeitreihe	dar.												
	erwerbsfähige Leistungsberechtigte (ELB)	erwerbstätige ELB ¹⁾	abhängig erwerbstätige ELB		dav. sozialversicherungspflichtig Beschäftigte		dar. in Teilzeit ²⁾		Auszubildende		ausschließlich geringfügig Beschäftigte	ohne Beschäftigungsmeldung	selbständig erwerbstätige ELB
			1	2	3	4	5	6	7	8			
Januar 2019	4.002.052	1.049.332	979.527	536.628	119.930	348.510	68.188	333.977	108.922	76.898			
Februar 2019	4.007.972	1.033.609	964.144	533.295	120.794	347.014	65.486	332.894	97.955	76.269			
März 2019	4.001.934	1.032.955	964.071	535.825	122.042	349.271	64.512	332.464	95.782	75.666			
April 2019	3.978.602	1.032.725	964.604	538.521	123.021	351.661	63.898	330.342	95.742	74.918			
Mai 2019	3.952.521	1.032.030	964.523	540.958	123.512	354.374	63.072	330.162	93.403	74.228			
Juni 2019	3.923.479	1.024.686	958.110	536.894	121.985	354.258	60.641	328.560	92.656	73.206			
Juli 2019	3.899.752	1.015.444	949.974	528.771	122.894	351.802	54.074	324.922	96.281	71.985			
August 2019	3.855.779	1.008.819	944.059	527.653	120.641	347.637	59.375	319.560	96.845	71.165			
September 2019	3.819.154	1.005.493	941.698	534.206	118.709	348.290	67.207	314.165	93.327	70.097			
Oktober 2019	3.787.548	1.001.706	938.689	535.746	118.151	348.132	69.462	309.627	93.317	69.347			
November 2019	3.758.997	991.993	929.577	527.367	114.884	344.590	67.913	308.731	93.459	68.687			
Dezember 2019	3.739.301	984.463	922.603	520.128	111.827	342.717	65.584	310.861	91.613	68.127			
Januar 2020	3.754.188	970.380	908.836	908.836	67.687			
Februar 2020	3.759.593	957.654	896.585	896.585	67.137			
März 2020	3.815.997	970.145	905.774	905.774	70.750			

Quelle: Statistik der Bundesagentur für Arbeit

1) Erwerbstätige erworbene Leistungsberechtigte sind erwerbsfähige Leistungsberechtigte, die gleichzeitig Einkommen aus Erwerbstätigkeit erzielen. / Mehrfachnennung möglich

2) ohne Auszubildende

Tabelle 11: Beschäftigte und erwerbstätige erwerbsfähige Leistungsberechtigte (ELB) nach Wirtschaftszweigen WZ 2008

Deutschland
Dezember 2019

Wirtschaftszweige WZ 2008	sozialversicherungspflichtig Beschäftigte				ausschließlich geringfügig Beschäftigte		
	Insgesamt ¹⁾	dar. erwerbstätige ELB	dar.		Insgesamt ¹⁾	dar. erwerbstätige ELB	Anteil erwerbstätiger ELB an allen Beschäftigten in Prozent (Sp. 6 an Sp. 5)
			Anteil erwerbstätiger ELB an allen Beschäftigten in Prozent (Sp. 2 an Sp. 1)				
			in Vollzeit ²⁾				
1	2	3	4	5	6	7	
Insgesamt	33.228.845	520.128	111.827	1,6	3.586.475	310.861	8,7
A Land-, Forstwirtschaft und Fischerei	220.359	3.102	1.074	1,4	51.947	2.675	5,1
B, D, E Bergbau, Energie- u. Wasserversorg., Entsorgung	558.825	2.085	987	0,4	14.316	740	5,2
C Verarbeitendes Gewerbe	6.929.220	28.031	10.044	0,4	232.592	9.698	4,2
F Baugewerbe	1.852.838	28.949	8.012	1,6	118.783	10.956	9,2
G Handel, Instandhaltung, Rep. von Kfz	4.526.007	83.933	14.663	1,9	673.237	44.877	6,7
H Verkehr und Lagererei	1.784.742	39.519	12.597	2,2	192.230	24.579	12,8
I Gastgewerbe	1.069.460	66.330	10.194	6,2	518.818	71.572	13,8
J Information und Kommunikation	1.153.854	4.358	772	0,4	70.529	4.402	6,2
K Erbr. von Finanz- u. Versicherungsdienstl.	967.925	1.649	235	0,2	28.109	937	3,3
Arbeitnehmerüberlassung	663.942	29.760	20.135	4,5	50.934	2.815	5,5
Reinigungsdienste	564.824	52.168	4.657	9,2	218.703	32.878	15,0
L, M, N (-782.783.812) Wirtschaftl. Dienstleist. (ohne ANÜ; Reinigungsdi.)	3.555.277	41.746	10.523	1,2	420.268	36.385	8,7
O, U Öffentl. Verw., Verteidigung, Soz.-vers., Ext.Orga.	1.879.260	8.178	1.124	0,4	53.201	2.311	4,3
P Erziehung und Unterricht	1.329.577	18.244	1.768	1,4	165.804	4.204	2,5
Q Gesundheits- und Sozialwesen	4.992.713	72.961	9.326	1,5	354.812	19.031	5,4
R, S, T sonst. Dienstleistungen, Private Haushalte	1.178.364	39.020	5.691	3,3	421.575	42.659	10,1

Quelle: Statistik der Bundesagentur für Arbeit

1) Beschäftigte im Alter von 15 bis Regelaltersgrenze nach Wohnort in Deutschland.

2) ohne Auszubildende

Tabelle 12: Bedarfsgemeinschaften (BG): Bestand und Zahlungsansprüche nach Beschäftigungsformen

Deutschland
Zeitreihe

Zeitreihe	BG insgesamt	dar.								
		BG ohne erwerbstätige ELB	Regelleistungsbedarfsgemeinschaft (RL-BG) mit mind. einem erwerbstätigen ELB	dar. 1)		dar.			RL-BG mit mind. einem aussch. geringf. Beschäftigten	RL-BG mit mind. einem selbständig Erwerbstätigen
				RL-BG mit mind. einem abhängigen Erwerbstätigen	RL-BG mit mind. einem sozialversicherungspflicht. Beschäftigten	in Vollzeit 2)	in Teilzeit 2)	Auszubildende		
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	
Durchschnittlicher Bestand BG										
2007	3.722.879	2.631.093	1.091.787	1.037.257	547.904	327.338	182.464	56.461	405.065	66.830
2008	3.579.228	2.406.179	1.173.049	1.102.187	560.883	320.139	201.089	59.123	449.259	87.879
2009	3.564.655	2.387.682	1.176.973	1.094.216	526.092	276.613	211.845	54.409	475.108	102.251
2010	3.590.637	2.360.123	1.230.513	1.138.542	542.515	283.447	228.329	46.393	504.959	113.724
2011	3.432.347	2.223.671	1.208.676	1.115.304	539.010	249.197	263.119	42.736	491.883	115.373
2012	3.337.213	2.150.723	1.186.490	1.092.557	547.072	200.850	323.256	39.316	469.269	115.974
2013	3.337.194	2.160.496	1.176.697	1.082.259	549.605	184.871	343.198	37.322	464.711	116.373
2014	3.317.377	2.150.252	1.167.125	1.073.519	552.106	175.594	356.207	35.186	457.957	114.943
2015	3.288.220	2.166.540	1.121.680	1.028.058	554.866	164.078	373.157	32.350	411.129	114.263
2016	3.267.466	2.186.768	1.080.698	996.427	550.431	150.641	375.669	37.597	387.236	102.626
2017	3.262.236	2.205.773	1.056.463	982.089	560.936	142.241	375.462	56.330	362.303	90.770
2018	3.092.540	2.083.246	1.009.294	943.197	543.553	132.237	360.894	61.994	340.125	80.551
Durchschnittliche monatliche Zahlungsansprüche je BG in Euro										
2007	818	856	729	723	592	548	587	848	860	831
2008	822	862	740	733	588	544	571	870	870	840
2009	848	883	775	767	615	572	592	911	899	876
2010	842	881	767	759	600	564	584	900	893	872
2011	805	844	732	723	578	537	569	867	850	833
2012	818	861	741	731	586	538	580	880	868	849
2013	840	885	759	748	600	547	595	906	890	873
2014	862	909	775	764	614	558	611	925	912	894
2015	882	934	782	768	621	565	618	944	928	915
2016	897	930	831	824	730	702	726	908	942	906
2017	945	988	855	849	755	738	753	821	976	936
2018	966	1.013	867	861	763	764	760	797	997	953
Jahressumme der Zahlungsansprüche für BG in Euro										
2007	36.565.594.641	27.019.437.926	9.546.156.715	8.995.421.976	3.892.056.088	2.151.282.248	1.285.962.662	574.881.057	4.181.473.387	666.211.907
2008	35.287.596.392	24.876.029.694	10.411.566.698	9.689.479.162	3.958.861.653	2.091.034.252	1.378.752.847	617.571.886	4.690.385.092	886.241.978
2009	36.261.711.494	25.311.938.693	10.949.772.800	10.075.120.057	3.880.601.517	1.899.783.081	1.506.141.201	594.706.949	5.126.849.268	1.075.238.022
2010	36.274.366.528	24.942.591.867	11.331.774.660	10.363.959.573	3.907.958.013	1.916.912.767	1.599.555.289	501.145.623	5.409.281.405	1.190.292.396
2011	33.152.991.459	22.531.205.057	10.621.786.402	9.681.925.023	3.736.919.436	1.607.013.426	1.795.961.932	444.687.690	5.018.943.138	1.153.131.422
2012	32.773.686.825	22.219.226.864	10.554.459.961	9.588.749.893	3.848.203.466	1.296.084.815	2.250.839.882	415.207.560	4.885.429.852	1.182.188.943
2013	33.651.033.046	22.932.751.717	10.718.281.329	9.718.366.868	3.959.350.983	1.213.858.806	2.450.993.423	405.686.674	4.964.210.239	1.218.740.879
2014	34.305.590.366	23.445.064.022	10.860.526.344	9.843.805.279	4.070.410.238	1.175.023.838	2.610.310.509	390.717.087	5.010.628.032	1.233.313.036
2015	34.794.088.536	24.272.508.701	10.521.579.835	9.476.257.065	4.137.395.736	1.111.651.605	2.766.699.789	366.532.975	4.579.752.406	1.255.179.620
2016	35.170.990.888	24.396.194.843	10.774.796.045	9.854.917.201	4.823.091.526	1.268.107.583	3.270.803.515	409.567.784	4.375.448.824	1.116.187.664
2017	36.982.468.783	26.143.779.705	10.838.689.078	10.001.180.680	5.081.574.859	1.260.454.130	3.394.187.321	555.200.890	4.242.980.893	1.019.313.235
2018	35.842.025.914	25.336.318.728	10.505.707.186	9.747.160.744	4.979.454.494	1.212.521.187	3.291.461.628	593.256.970	4.069.409.424	921.070.715

Quelle: Statistik der Bundesagentur für Arbeit

1) Mehrfachnennung möglich

2) ohne Auszubildende

Hinweis: Aufgrund rückwirkender Revisionen der Beschäftigungsstatistik können diese Daten von zuvor veröffentlichten Daten geringfügig abweichen.

Tabelle 13: Sozialversicherungspflichtig Beschäftigte nach ausgewählten Merkmalen

Deutschland
Zeitreihe

Stichtag	Insgesamt 1	davon in		Geschlecht		Arbeitszeit ¹⁾		Anteil TZ in % 8
		Westdeutschland 2	Ostdeutschland 3	Männer 4	Frauen 5	in Vollzeit 6	in Teilzeit 7	
bis Stichtag 30.06.1998 - vor der Revision der Beschäftigungsstatistik am 28. August 2014								
30.06.1994	28.238.193	21.896.718	6.341.475	15.969.428	12.268.765	24.889.529	3.348.664	11,9
30.06.1995	28.118.137	21.763.446	6.354.691	15.876.934	12.241.203	24.658.344	3.459.793	12,3
30.06.1996	27.738.996	21.536.468	6.202.528	15.591.364	12.147.632	24.164.701	3.574.295	12,9
30.06.1997	27.279.577	21.320.896	5.958.681	15.324.671	11.954.906	23.658.427	3.621.150	13,3
30.06.1998	27.207.804	21.329.828	5.877.976	15.260.687	11.947.117	23.421.766	3.786.038	13,9
ab dem Stichtag 30.06.1999 revidierte Daten								
30.06.1999	27.418.361	21.586.912	5.813.258	15.439.643	11.978.718	22.896.054	4.279.414	15,6
30.06.2000	27.841.773	22.115.754	5.715.476	15.608.494	12.233.279	23.228.759	4.348.994	15,6
30.06.2001	27.798.094	22.238.961	5.543.942	15.496.742	12.301.352	23.025.952	4.501.164	16,2
30.06.2002	27.659.831	22.238.479	5.405.396	15.288.011	12.371.820	22.741.266	4.632.804	16,7
30.06.2003	26.949.434	21.710.509	5.227.555	14.833.651	12.115.783	22.071.681	4.579.168	17,0
30.06.2004	26.547.978	21.414.210	5.125.191	14.617.638	11.930.340	21.586.791	4.653.763	17,5
30.06.2005	26.299.560	21.299.644	4.992.202	14.404.397	11.895.163	21.209.531	4.775.185	18,2
30.06.2006	26.533.905	21.465.167	5.060.805	14.563.121	11.970.784	21.269.098	4.946.254	18,6
30.06.2007	27.050.451	21.876.664	5.159.908	14.915.997	12.134.454	21.595.251	5.129.335	19,0
30.06.2008	27.695.398	22.411.879	5.279.277	15.225.839	12.469.559	22.030.201	5.330.918	19,2
30.06.2009	27.603.281	22.321.759	5.277.518	14.987.984	12.615.297	21.721.485	5.537.602	20,1
30.06.2010	27.966.601	22.603.144	5.359.401	15.149.301	12.817.300	21.773.598	5.840.557	20,9
30.06.2011	28.643.583	23.186.460	5.454.759	15.531.430	13.112.153	21.511.681	6.838.450	23,9
30.06.2012	29.280.034	23.729.880	5.547.958	15.838.217	13.441.817	21.966.212	7.268.879	24,8
30.06.2013	29.615.680	24.028.948	5.585.432	15.965.766	13.649.914	22.103.104	7.434.236	25,1
30.06.2014	30.174.505	24.490.795	5.682.275	16.240.821	13.933.684	22.082.414	7.739.003	25,6
30.06.2015	30.771.297	25.005.802	5.763.768	16.504.172	14.267.125	22.577.749	8.186.415	26,6
30.06.2016	31.443.318	25.562.694	5.879.089	16.864.227	14.579.091	22.873.969	8.568.637	27,3
30.06.2017	32.164.973	26.160.260	6.003.194	17.273.293	14.891.680	23.222.806	8.942.139	27,8
30.06.2018	32.870.228	26.755.864	6.112.747	17.696.536	15.173.692	23.613.964	9.256.262	28,2
30.06.2019	33.407.262	27.223.430	6.182.255	17.988.091	15.419.171	23.859.919	9.547.342	28,6

Quelle: Statistik der Bundesagentur für Arbeit

1) Die Angaben zur Arbeitszeit (Vollzeit/Teilzeit) im Zeitraum von Januar 2011 bis September 2012 wurden durch ein Imputationsverfahren nachträglich ergänzt und entsprechen, was die Verteilung und Entwicklung betrifft, dem Stand nach Einführung des Tätigkeitschlüssels 2010. Von Dezember 2010 auf Januar 2011 kommt es zu einem einmaligen umstellungsbedingten Niveaueffekt bei der Teilzeitquote, welcher bei den sozialversicherungspflichtig Beschäftigten auf Bundesebene rund plus zwei Prozentpunkte beträgt. Dies ist auf Aktualisierungseffekte zurückzuführen.

Tabelle 14: Leiharbeitnehmer nach GeschlechtDeutschland
Zeitreihe

Stichtag	Beschäftigte	Leiharbeitnehmer		davon in		Geschlecht	
	absolut	absolut	Anteil in %	Westdeutschland	Ostdeutschland	Männer	Frauen
	1	2	3	4	5	6	7
bis Stichtag 30.06.1998 - Leiharbeitnehmer nach dem Arbeitnehmerüberlassungsgesetz (AÜG)							
30.06.1994	x	138.451	x			113.148	25.303
30.06.1995	x	176.185	x			143.614	32.571
30.06.1996	x	177.935	x			145.124	32.811
30.06.1997	x	212.664	x			171.997	40.667
30.06.1998	x	252.895	x			202.572	50.323
30.06.1999	x	286.394	x			227.513	58.881
30.06.2000	32.456.637	339.022	1,0			262.762	76.260
30.06.2001	32.314.655	357.264	1,1			277.938	79.326
30.06.2002	32.212.522	326.295	1,0			257.326	68.969
30.06.2003	31.613.961	327.331	1,0			253.728	73.603
30.06.2004	31.768.856	399.789	1,3			305.183	94.606
30.06.2005	31.450.179	453.389	1,4			343.055	110.334
30.06.2006	31.814.220	598.284	1,9			449.379	148.905
30.06.2007	32.371.507	731.152	2,3			542.151	189.001
30.06.2008	33.026.588	794.363	2,4			585.812	208.551
30.06.2009	32.987.833	609.720	1,8			430.107	179.613
30.06.2010	33.355.752	806.123	2,4			576.920	229.203
30.06.2011	34.010.814	909.545	2,7			661.618	247.927
30.06.2012	34.601.634	908.113	2,6			648.177	259.936
ab Stichtag 30.06. 2013 - Leiharbeitnehmer (Summe der sozialversicherungspflichtig und aussch. geringfügig Beschäftigten) aus der Beschäftigungsstatistik							
30.06.2013	34.961.270	867.442	2,5	698.960	168.468	600.789	266.653
30.06.2014	35.524.356	912.508	2,6	735.108	177.388	637.270	275.238
30.06.2015	35.958.887	961.162	2,7	775.780	185.342	673.119	288.043
30.06.2016	36.584.851	1.006.404	2,8	817.663	188.725	704.883	301.521
30.06.2017	37.235.548	1.043.405	2,8	847.225	196.171	735.691	307.714
30.06.2018	37.875.481	1.023.290	2,7	832.844	190.415	724.807	298.483
30.06.2019	38.302.144	896.057	2,3	725.605	170.432	634.569	261.488

Quelle: Statistik der Bundesagentur für Arbeit

Tabelle 15: Entwicklung der Vollzeitbeschäftigte der Kerngruppe nach Merkmalen mit Angabe zum Entgelt bezogen auf die bundeseinheitliche Schwelle des unteren Entgeltbereichs
 Deutschland
 Zeitreihe

Stichtag	Merkmale	Vollzeitbeschäftigte der Kerngruppe mit Angabe zum Entgelt								
		Deutschland				Westdeutschland				Ostdeutschland
		mit Angabe zum Entgelt	darunter: mit Entgelten unter der bundeseinheitlichen Schwelle des unteren Entgeltbereichs		mit Angabe zum Entgelt	darunter: mit Entgelten unter der bundeseinheitlichen Schwelle des unteren Entgeltbereichs		mit Angabe zum Entgelt	darunter: mit Entgelten unter der bundeseinheitlichen Schwelle des unteren Entgeltbereichs	
			absolut	Anteil in % (Sp.1)		absolut	Anteil in % (Sp.4)		absolut	Anteil in % (Sp.7)
1	2	3	4	5	6	7	8	9		
31. Dezember 1999	Insgesamt	20.426.458	3.842.282	18,8	16.103.715	2.282.352	14,2	4.316.143	1.558.848	36,1
	Männer	13.103.024	1.567.392	12,0	10.595.115	752.044	7,1	2.502.870	814.908	32,6
	Frauen	7.323.434	2.274.890	31,1	5.508.600	1.530.309	27,8	1.813.273	743.940	41,0
	15 bis unter 65 Jahre	20.387.161	3.818.168	18,7	16.069.185	2.261.097	14,1	4.311.390	1.555.999	36,1
	15 bis unter 25 Jahre	1.647.921	730.414	44,3	1.323.744	488.291	36,9	323.782	241.939	74,7
	25 bis unter 55 Jahre	16.646.563	2.780.295	16,7	13.132.862	1.599.000	12,2	3.508.328	1.180.519	33,6
31. Dezember 2000	Insgesamt	2.092.657	307.460	14,7	1.612.579	173.806	10,8	479.280	133.541	27,9
	Männer	20.423.466	3.872.315	19,0	16.328.330	2.375.155	14,5	4.092.067	1.496.274	36,6
	Frauen	13.064.241	1.573.857	12,0	10.717.255	796.056	7,4	2.344.830	777.339	33,2
	15 bis unter 65 Jahre	7.359.225	2.298.458	31,2	5.611.075	1.579.100	28,1	1.747.237	718.936	41,1
	15 bis unter 25 Jahre	20.379.939	3.844.749	18,9	16.289.613	2.350.571	14,4	4.087.281	1.493.309	36,5
	25 bis unter 55 Jahre	1.659.004	711.198	42,9	1.358.715	488.242	35,9	300.025	222.818	74,3
31. Dezember 2001	Insgesamt	16.782.212	2.834.959	16,9	13.424.791	1.689.722	12,6	3.354.946	1.144.592	34,1
	Männer	1.938.723	298.592	15,4	1.506.107	172.607	11,5	432.310	125.899	29,1
	Frauen	20.426.356	3.927.960	19,2	16.383.922	2.438.825	14,9	4.037.971	1.488.061	36,9
	15 bis unter 65 Jahre	13.017.123	1.595.725	12,3	10.721.559	823.299	7,7	2.292.534	771.890	33,7
	15 bis unter 25 Jahre	7.409.233	2.332.236	31,5	5.662.363	1.615.526	28,5	1.745.437	716.171	41,0
	25 bis unter 55 Jahre	20.378.438	3.896.822	19,1	16.341.023	2.410.820	14,8	4.032.967	1.484.939	36,8
31. Dezember 2001	15 bis unter 65 Jahre	1.648.268	694.865	42,2	1.354.505	479.669	35,4	293.462	215.014	73,3
	25 bis unter 55 Jahre	16.874.508	2.899.225	17,2	13.535.532	1.752.975	13,0	3.335.514	1.145.470	34,3
	55 bis unter 65 Jahre	1.855.662	302.732	16,3	1.450.986	178.175	12,3	403.991	124.454	30,8

Tabelle 15: Entwicklung der Vollzeitbeschäftigte der Kerngruppe nach Merkmalen mit Angabe zum Entgelt bezogen auf die bundeseinheitliche Schwelle des unteren Entgeltbereichs
 Deutschland
 Zeitreihe

Stichtag	Merkmale	Vollzeitbeschäftigte der Kerngruppe mit Angabe zum Entgelt											
		Deutschland					Westdeutschland					Ostdeutschland	
		mit Angabe zum Entgelt		darunter: mit Entgelten unter der bundeseinheitlichen Schwelle des unteren Entgeltbereichs		4 mit Angabe zum Entgelt	darunter: mit Entgelten unter der bundeseinheitlichen Schwelle des unteren Entgeltbereichs		7 mit Angabe zum Entgelt	darunter: mit Entgelten unter der bundeseinheitlichen Schwelle des unteren Entgeltbereichs			
		1 absolut	2 absolut	3 Anteil in % (Sp.1)	absolut		5 absolut	6 Anteil in % (Sp.4)		absolut	8 absolut	9 Anteil in % (Sp.7)	
31. Dezember 2002	Insgesamt	19.854.104	3.841.390	19,3	15.994.459	2.417.561	15,1	3.855.450	1.423.204	36,9			
	Männer	12.613.609	1.548.284	12,3	10.438.724	815.555	7,8	2.172.164	732.426	33,7			
	Frauen	7.240.495	2.293.106	31,7	5.555.735	1.602.007	28,8	1.683.286	690.779	41,0			
	15 bis unter 65 Jahre	19.804.677	3.808.653	19,2	15.950.177	2.388.086	15,0	3.850.322	1.419.958	36,9			
	15 bis unter 25 Jahre	1.535.306	646.170	42,1	1.272.538	456.312	35,9	262.555	189.750	72,3			
	25 bis unter 55 Jahre	16.459.402	2.852.838	17,3	13.256.517	1.749.297	13,2	3.199.518	1.103.083	34,5			
31. Dezember 2003	Insgesamt	1.809.969	309.645	17,1	1.421.122	182.478	12,8	388.249	127.125	32,7			
	Männer	19.276.781	3.832.464	19,9	15.536.525	2.407.967	15,5	3.736.495	1.424.027	38,1			
	Frauen	12.313.953	1.579.478	12,8	10.193.135	840.726	8,2	2.118.294	738.521	34,9			
	15 bis unter 65 Jahre	6.962.828	2.252.986	32,4	5.343.390	1.567.241	29,3	1.618.201	685.506	42,4			
	15 bis unter 25 Jahre	19.229.774	3.802.646	19,8	15.494.573	2.381.106	15,4	3.731.445	1.421.074	38,1			
	25 bis unter 55 Jahre	1.461.358	647.298	44,3	1.200.403	453.968	37,8	260.762	193.240	74,1			
31. Dezember 2004	Insgesamt	16.010.013	2.849.064	17,8	12.903.756	1.745.327	13,5	3.102.869	1.103.388	35,6			
	Männer	1.758.403	306.284	17,4	1.390.414	181.811	13,1	367.814	124.446	33,8			
	Frauen	18.805.349	3.821.902	20,3	15.226.932	2.452.750	16,1	3.577.538	1.368.804	38,3			
	15 bis unter 65 Jahre	12.120.828	1.605.414	13,2	10.076.422	898.178	8,9	2.043.896	707.041	34,6			
	15 bis unter 25 Jahre	6.684.521	2.216.489	33,2	5.150.510	1.554.572	30,2	1.533.642	661.763	43,1			
	25 bis unter 55 Jahre	18.757.798	3.792.562	20,2	15.184.803	2.426.431	16,0	3.572.122	1.365.787	38,2			
55 bis unter 65 Jahre	Insgesamt	1.373.856	629.161	45,8	1.145.074	460.921	40,3	228.677	168.174	73,5			
	Männer	15.622.078	2.846.269	18,2	12.640.085	1.774.893	14,0	2.981.279	1.071.116	35,9			
	Frauen	1.761.864	317.133	18,0	1.399.644	190.617	13,6	362.166	126.496	34,9			

Tabelle 15: Entwicklung der Vollzeitbeschäftigte der Kerngruppe nach Merkmalen mit Angabe zum Entgelt bezogen auf die bundeseinheitliche Schwelle des unteren

Entgeltbereichs
Deutschland
Zeitreihe

Stichtag	Merkmale	Vollzeitbeschäftigte der Kerngruppe mit Angabe zum Entgelt								
		Deutschland			Westdeutschland			Ostdeutschland		
		mit Angabe zum Entgelt	darunter: mit Entgelten unter der bundeseinheitlichen Schwelle des unteren Entgeltbereichs		mit Angabe zum Entgelt	darunter: mit Entgelten unter der bundeseinheitlichen Schwelle des unteren Entgeltbereichs		mit Angabe zum Entgelt	darunter: mit Entgelten unter der bundeseinheitlichen Schwelle des unteren Entgeltbereichs	
			absolut	Anteil in % (Sp.1)		absolut	Anteil in % (Sp.4)		absolut	Anteil in % (Sp.7)
1	2	3	4	5	6	7	8	9		
31. Dezember 2005	Insgesamt	18.621.055	3.882.457	20,8	15.112.742	2.521.256	16,7	3.507.071	1.360.851	38,8
	Männer	11.988.652	1.663.938	13,9	9.984.079	955.605	9,6	2.003.709	708.129	35,3
	Frauen	6.632.403	2.218.519	33,4	5.128.663	1.565.652	30,5	1.503.362	652.722	43,4
	15 bis unter 65 Jahre	18.571.649	3.852.888	20,7	15.069.122	2.494.786	16,6	3.501.289	1.357.755	38,8
	15 bis unter 25 Jahre	1.329.430	637.778	48,0	1.106.019	471.612	42,6	223.300	166.111	74,4
	25 bis unter 55 Jahre	15.425.100	2.890.123	18,7	12.513.333	1.823.534	14,6	2.910.736	1.066.320	36,6
31. Dezember 2006	55 bis unter 65 Jahre	1.817.119	324.987	17,9	1.449.770	199.640	13,8	367.253	125.324	34,1
	Insgesamt	19.166.258	4.122.167	21,5	15.544.601	2.697.632	17,4	3.620.329	1.424.070	39,3
	Männer	12.363.844	1.824.624	14,8	10.272.346	1.071.309	10,4	2.090.687	753.055	36,0
	Frauen	6.802.414	2.297.543	33,8	5.272.255	1.626.323	30,8	1.529.642	671.014	43,9
	15 bis unter 65 Jahre	19.111.634	4.090.626	21,4	15.496.726	2.669.635	17,2	3.613.583	1.420.528	39,3
	15 bis unter 25 Jahre	1.385.012	678.547	49,0	1.147.320	502.082	43,8	237.550	176.388	74,3
31. Dezember 2007	25 bis unter 55 Jahre	15.768.770	3.052.054	19,4	12.798.906	1.949.856	15,2	2.968.794	1.101.865	37,1
	55 bis unter 65 Jahre	1.957.852	360.025	18,4	1.550.500	217.697	14,0	407.239	142.275	34,9
	Insgesamt	19.592.930	4.275.414	21,8	15.903.737	2.812.019	17,7	3.688.152	1.463.147	39,7
	Männer	12.637.434	1.909.421	15,1	10.500.184	1.134.797	10,8	2.136.504	774.483	36,3
	Frauen	6.955.496	2.365.992	34,0	5.403.553	1.677.222	31,0	1.551.648	688.664	44,4
	15 bis unter 65 Jahre	19.532.538	4.241.271	21,7	15.851.098	2.781.979	17,6	3.680.401	1.459.045	39,6
15 bis unter 25 Jahre	1.432.648	691.069	48,2	1.185.882	510.071	43,0	246.704	180.968	73,4	
25 bis unter 55 Jahre	15.974.683	3.146.887	19,7	12.993.000	2.030.312	15,6	2.980.803	1.116.377	37,5	
55 bis unter 65 Jahre	2.125.207	403.315	19,0	1.672.216	241.596	14,4	452.894	161.700	35,7	

Tabelle 15: Entwicklung der Vollzeitbeschäftigte der Kerngruppe nach Merkmalen mit Angabe zum Entgelt bezogen auf die bundeseinheitliche Schwelle des unteren Entgeltbereichs
 Deutschland
 Zeitreihe

Stichtag	Merkmale	Vollzeitbeschäftigte der Kerngruppe mit Angabe zum Entgelt											
		Deutschland					Westdeutschland					Ostdeutschland	
		mit Angabe zum Entgelt		darunter: mit Entgelten unter der bundeseinheitlichen Schwelle des unteren Entgeltbereichs		4	mit Angabe zum Entgelt		darunter: mit Entgelten unter der bundeseinheitlichen Schwelle des unteren Entgeltbereichs		7	darunter: mit Entgelten unter der bundeseinheitlichen Schwelle des unteren Entgeltbereichs	
		1	2	3	absolut		Anteil in % (Sp.1)	absolut	Anteil in % (Sp.4)	absolut		Anteil in % (Sp.6)	absolut
31. Dezember 2008	Insgesamt	19.721.074	4.334.250	22,0	16.005.484	2.842.876	17,8	3.714.949	1.491.009	40,1			
	Männer	12.687.284	1.917.303	15,1	10.533.939	1.128.115	10,7	2.152.792	789.029	36,7			
	Frauen	7.033.790	2.416.947	34,4	5.471.545	1.714.761	31,3	1.561.857	701.980	44,9			
	15 bis unter 65 Jahre	19.654.564	4.297.510	21,9	15.948.023	2.810.806	17,6	3.705.605	1.486.343	40,1			
	15 bis unter 25 Jahre	1.401.982	651.924	46,5	1.161.345	479.690	41,3	240.542	172.166	71,6			
	25 bis unter 55 Jahre	15.954.461	3.189.818	20,0	12.991.980	2.061.123	15,9	2.961.755	1.128.429	38,1			
31. Dezember 2009	55 bis unter 65 Jahre	2.298.121	455.767	19,8	1.794.698	269.993	15,0	503.308	185.748	36,9			
	Insgesamt	19.254.369	4.225.705	21,9	15.595.546	2.753.024	17,7	3.658.216	1.472.466	40,3			
	Männer	12.339.903	1.879.508	15,2	10.221.410	1.094.599	10,7	2.118.084	784.787	37,1			
	Frauen	6.914.466	2.346.197	33,9	5.374.136	1.658.425	30,9	1.540.132	687.680	44,7			
	15 bis unter 65 Jahre	19.187.180	4.189.165	21,8	15.537.955	2.721.393	17,5	3.648.623	1.467.562	40,2			
	15 bis unter 25 Jahre	1.326.405	616.782	46,5	1.094.858	452.906	41,4	231.499	163.838	70,8			
31. Dezember 2010	25 bis unter 55 Jahre	15.567.806	3.093.429	19,9	12.664.742	1.989.068	15,7	2.902.577	1.104.209	38,0			
	55 bis unter 65 Jahre	2.292.969	478.954	20,9	1.778.355	279.418	15,7	514.547	199.514	38,8			
	Insgesamt	19.766.328	4.431.986	22,4	15.996.471	2.909.217	18,2	3.768.868	1.522.238	40,4			
	Männer	12.710.472	2.035.173	16,0	10.511.346	1.208.558	11,5	2.198.474	826.304	37,6			
	Frauen	7.055.856	2.396.813	34,0	5.485.125	1.700.659	31,0	1.570.394	695.933	44,3			
	15 bis unter 65 Jahre	19.699.620	4.394.690	22,3	15.939.367	2.877.154	18,1	3.759.266	1.517.006	40,4			
15 bis unter 25 Jahre	1.402.471	653.443	46,6	1.161.443	484.610	41,7	240.970	168.794	70,0				
25 bis unter 55 Jahre	15.759.207	3.219.829	20,4	12.818.039	2.089.274	16,3	2.940.425	1.130.170	38,4				
55 bis unter 65 Jahre	2.537.942	521.418	20,5	1.959.885	303.270	15,5	577.871	218.042	37,7				

Tabelle 15: Entwicklung der Vollzeitbeschäftigte der Kerngruppe nach Merkmalen mit Angabe zum Entgelt bezogen auf die bundeseinheitliche Schwelle des unteren Entgeltbereichs
Deutschland
Zeitreihe

Stichtag	Merkmale	Vollzeitbeschäftigte der Kerngruppe mit Angabe zum Entgelt											
		Deutschland					Westdeutschland					Ostdeutschland	
		mit Angabe zum Entgelt		darunter: mit Entgelten unter der bundeseinheitlichen Schwelle des unteren Entgeltbereichs		4 mit Angabe zum Entgelt	darunter: mit Entgelten unter der bundeseinheitlichen Schwelle des unteren Entgeltbereichs		7 mit Angabe zum Entgelt	darunter: mit Entgelten unter der bundeseinheitlichen Schwelle des unteren Entgeltbereichs			
		1 absolut	2 absolut	3 Anteil in % (Sp.1)	absolut		5 absolut	6 Anteil in % (Sp.4)		absolut	8 absolut	9 Anteil in % (Sp.7)	
31. Dezember 2011	Insgesamt	19.530.087	4.121.784	21,1	15.839.120	2.671.109	16,9	3.690.226	1.450.534	39,3			
	Männer	12.969.779	2.114.795	16,3	10.729.086	1.263.084	11,8	2.240.216	851.639	38,0			
	Frauen	6.560.308	2.006.989	30,6	5.110.034	1.408.025	27,6	1.450.010	598.895	41,3			
	15 bis unter 65 Jahre	19.468.736	4.091.841	21,0	15.786.621	2.645.606	16,8	3.681.382	1.446.098	39,3			
	15 bis unter 25 Jahre	1.431.958	656.702	45,9	1.197.413	495.321	41,4	234.510	161.356	68,8			
	25 bis unter 55 Jahre	15.355.147	2.937.289	19,1	12.514.922	1.870.144	14,9	2.839.639	1.067.057	37,6			
31. Dezember 2012	Insgesamt	2.681.631	497.849	18,6	2.074.286	280.141	13,5	607.233	217.684	35,8			
	Männer	19.591.742	4.026.770	20,6	15.922.935	2.613.454	16,4	3.667.883	1.413.186	38,5			
	Frauen	13.017.452	2.060.386	15,8	10.789.897	1.231.146	11,4	2.226.954	829.156	37,2			
	15 bis unter 65 Jahre	6.574.290	1.966.384	29,9	5.133.038	1.382.308	26,9	1.440.929	584.030	40,5			
	15 bis unter 25 Jahre	19.522.611	3.995.185	20,5	15.864.068	2.586.794	16,3	3.657.621	1.408.263	38,5			
	25 bis unter 55 Jahre	1.340.110	575.441	42,9	1.135.551	440.639	38,8	204.490	134.780	65,9			
31. Dezember 2013	Insgesamt	15.283.301	2.892.139	18,9	12.477.180	1.846.802	14,8	2.805.355	1.045.244	37,3			
	Männer	2.899.200	527.605	18,2	2.251.337	299.353	13,3	647.776	228.238	35,2			
	Frauen	19.796.201	4.013.511	20,3	16.088.091	2.610.475	16,2	3.697.765	1.402.923	37,9			
	15 bis unter 65 Jahre	13.159.455	2.076.425	15,8	10.907.679	1.248.033	11,4	2.251.538	828.333	36,8			
	15 bis unter 25 Jahre	6.636.746	1.937.085	29,2	5.190.412	1.362.442	26,2	1.446.227	574.590	39,7			
	25 bis unter 55 Jahre	19.718.034	3.980.844	20,2	16.031.595	2.583.008	16,1	3.686.096	1.397.724	37,9			
55 bis unter 65 Jahre	1.291.552	545.515	42,2	1.110.080	429.049	38,7	181.445	116.449	64,2				
	15.315.812	2.878.947	18,8	12.504.590	1.839.212	14,7	2.810.949	1.039.653	37,0				
	3.110.670	566.381	17,9	2.416.925	314.747	13,0	693.702	241.622	34,8				

Tabelle 15: Entwicklung der Vollzeitbeschäftigte der Kerngruppe nach Merkmalen mit Angabe zum Entgelt bezogen auf die bundeseinheitliche Schwelle des unteren

Entgeltbereichs
Deutschland
Zeitreihe

Stichtag	Merkmale	Vollzeitbeschäftigte der Kerngruppe mit Angabe zum Entgelt								
		Deutschland			Westdeutschland			Ostdeutschland		
		mit Angabe zum Entgelt	darunter: mit Entgelten unter der bundeseinheitlichen Schwelle des unteren Entgeltbereichs		mit Angabe zum Entgelt	darunter: mit Entgelten unter der bundeseinheitlichen Schwelle des unteren Entgeltbereichs		mit Angabe zum Entgelt	darunter: mit Entgelten unter der bundeseinheitlichen Schwelle des unteren Entgeltbereichs	
			absolut	Anteil in % (Sp.1)		absolut	Anteil in % (Sp.4)		absolut	Anteil in % (Sp.7)
1	2	3	4	5	6	7	8	9		
31. Dezember 2017	Insgesamt	21.069.446	4.166.936	19,8	17.216.511	2.871.506	16,7	3.852.544	1.295.247	33,6
	Männer	14.150.030	2.290.832	16,2	11.738.591	1.505.583	12,8	2.411.188	785.134	32,6
	Frauen	6.919.416	1.876.104	27,1	5.477.920	1.365.923	24,9	1.441.356	510.113	35,4
	15 bis unter 65 Jahre	20.939.908	4.119.430	19,7	17.108.460	2.832.448	16,6	3.831.063	1.286.805	33,6
	15 bis unter 25 Jahre	1.294.800	532.441	41,1	1.144.538	441.983	38,6	150.239	90.438	60,2
	25 bis unter 55 Jahre	15.746.146	2.925.637	18,6	12.902.514	1.993.544	15,5	2.843.339	931.964	32,8
31. Dezember 2018	Insgesamt	3.898.962	661.353	17,0	3.061.408	396.921	13,0	837.485	264.403	31,6
	Männer	21.440.102	4.141.034	19,3	17.548.893	2.892.287	16,5	3.890.538	1.248.516	32,1
	Frauen	14.437.683	2.285.421	15,8	11.986.764	1.530.691	12,8	2.450.441	754.582	30,8
	15 bis unter 65 Jahre	7.002.419	1.855.613	26,5	5.562.129	1.361.597	24,5	1.440.097	493.934	34,3
	15 bis unter 25 Jahre	21.290.286	4.087.817	19,2	17.424.345	2.848.921	16,4	3.865.253	1.238.668	32,0
	25 bis unter 55 Jahre	1.326.463	538.348	40,6	1.163.493	442.959	38,1	162.935	95.370	58,5
31. Dezember 2019	Insgesamt	15.838.021	2.865.228	18,1	13.010.541	1.989.082	15,3	2.826.949	875.969	31,0
	Männer	4.125.782	684.241	16,6	3.250.311	416.880	12,8	875.369	267.328	30,5
	Frauen	21.554.942	4.056.473	18,8	17.662.526	2.874.642	16,3	3.891.625	1.181.593	30,4
	15 bis unter 65 Jahre	14.529.225	2.246.793	15,5	12.063.450	1.532.698	12,7	2.465.229	713.936	29,0
	15 bis unter 25 Jahre	7.025.717	1.809.680	25,8	5.599.076	1.341.944	24,0	1.426.396	467.657	32,8
	25 bis unter 55 Jahre	21.386.410	3.997.498	18,7	17.522.257	2.826.785	16,1	3.863.369	1.170.478	30,3
31. Dezember 2019	15 bis unter 65 Jahre	1.328.904	526.281	39,6	1.156.460	429.975	37,2	172.405	96.283	55,8
	25 bis unter 55 Jahre	15.741.272	2.768.876	17,6	12.952.575	1.958.975	15,1	2.788.106	809.747	29,0
	55 bis unter 65 Jahre	4.316.234	702.341	16,3	3.413.222	437.834	12,8	902.858	264.447	29,3

Quelle: Statistik der Bundesagentur für Arbeit

Tabelle 16: Geringfügig Beschäftigte

Deutschland (Arbeitsort)

Zeitreihe 2000-2019 jew. zum 30.06.d. J.

Stichtag	Geringfügig Beschäftigte (GB)		davon		absolut	davon				davon		
	1	2	Geringf. entlohnte Beschäftigte (GeB)	Kurzfristig Beschäftigte (KfB)		3	4	5	6	7	8	9
30. Juni 2000	-	-	-	-	4.614.864	4.396.099	218.765	-	-	-	-	-
30. Juni 2001	-	-	-	-	4.516.561	4.255.505	261.056	-	-	-	-	-
30. Juni 2002	-	-	-	-	4.552.691	4.290.661	262.030	-	-	-	-	-
30. Juni 2003	5.641.732	5.327.598	314.134	336.906	4.664.527	4.397.849	266.678	977.205	929.749	47.456		
30. Juni 2004	6.653.662	6.321.115	332.547	336.906	5.220.878	4.923.742	297.136	1.432.784	1.397.373	35.411		
30. Juni 2005	6.671.809	6.334.903	336.906	336.906	5.150.619	4.846.186	304.433	1.521.190	1.488.717	32.473		
30. Juni 2006	6.944.140	6.608.082	336.058	336.058	5.280.315	4.976.799	303.516	1.663.825	1.631.283	32.542		
30. Juni 2007	7.100.190	6.756.385	343.805	343.805	5.321.056	5.014.592	306.464	1.779.134	1.741.793	37.341		
30. Juni 2008	7.245.478	6.906.587	338.891	338.891	5.331.190	5.026.469	304.721	1.914.288	1.880.118	34.170		
30. Juni 2009	7.359.609	7.028.488	331.121	331.121	5.384.552	5.088.774	295.778	1.975.057	1.939.714	35.343		
30. Juni 2010	7.450.194	7.102.584	347.610	347.610	5.389.151	5.078.734	310.417	2.061.043	2.023.850	37.193		
30. Juni 2011	7.536.790	7.198.104	338.686	338.686	5.367.231	5.065.623	301.608	2.169.559	2.132.481	37.078		
30. Juni 2012	7.591.384	7.263.297	328.087	328.087	5.321.600	5.032.466	289.134	2.269.784	2.230.831	38.953		
30. Juni 2013	7.716.104	7.398.934	317.170	317.170	5.345.590	5.066.322	279.268	2.370.514	2.332.612	37.902		
30. Juni 2014	7.811.376	7.510.554	300.822	300.822	5.349.851	5.086.521	263.330	2.461.525	2.424.033	37.492		
30. Juni 2015	7.704.750	7.381.055	323.695	323.695	5.187.590	4.902.198	285.392	2.517.160	2.478.857	38.303		
30. Juni 2016	7.763.218	7.448.549	314.669	314.669	5.141.533	4.864.910	276.623	2.621.685	2.583.639	38.046		
30. Juni 2017	7.806.047	7.497.361	308.686	308.686	5.070.575	4.801.922	268.653	2.735.472	2.695.439	40.033		
30. Juni 2018	7.878.276	7.572.452	305.824	305.824	5.005.253	4.741.926	263.327	2.873.023	2.830.526	42.497		
30. Juni 2019	7.886.579	7.592.890	293.689	293.689	4.894.882	4.645.857	249.025	2.991.697	2.947.033	44.664		

Tabelle 16: Geringfügig Beschäftigte

Deutschland (Arbeitsort)

Zeitreihe 2000-2019 jew. zum 30.06.d. J.

Stichtag	Geringfügig Beschäftigte (GB)		davon		davon				davon	
	1	2	3	4	5	6	7	8	9	
		Geringf. entlohnte Beschäftigte (GeB)	Kurzfristig Beschäftigte (KfB)	ausschließlich GB	ausschließlich GeB	ausschließlich KfB	Im Nebenjob GB	im Nebenjob GeB	im Nebenjob KfB	
Anteil in Prozent										
30. Juni 2000	-	-	-	100,0	95,3	4,7	-	-	-	
30. Juni 2001	-	-	-	100,0	94,2	5,8	-	-	-	
30. Juni 2002	-	-	-	100,0	94,2	5,8	-	-	-	
30. Juni 2003	100	94,4	5,6	82,7	78,0	4,7	17,3	16,5	0,8	
30. Juni 2004	100	95,0	5,0	78,5	74,0	4,5	21,5	21,0	0,5	
30. Juni 2005	100	95,0	5,0	77,2	72,6	4,6	22,8	22,3	0,5	
30. Juni 2006	100	95,2	4,8	76,0	71,7	4,4	24,0	23,5	0,5	
30. Juni 2007	100	95,2	4,8	74,9	70,6	4,3	25,1	24,5	0,5	
30. Juni 2008	100	95,3	4,7	73,6	69,4	4,2	26,4	25,9	0,5	
30. Juni 2009	100	95,5	4,5	73,2	69,1	4,0	26,8	26,4	0,5	
30. Juni 2010	100	95,3	4,7	72,3	68,2	4,2	27,7	27,2	0,5	
30. Juni 2011	100	95,5	4,5	71,2	67,2	4,0	28,8	28,3	0,5	
30. Juni 2012	100	95,7	4,3	70,1	66,3	3,8	29,9	29,4	0,5	
30. Juni 2013	100	95,9	4,1	69,3	65,7	3,6	30,7	30,2	0,5	
30. Juni 2014	100	96,1	3,9	68,5	65,1	3,4	31,5	31,0	0,5	
30. Juni 2015	100	95,8	4,2	67,3	63,6	3,7	32,7	32,2	0,5	
30. Juni 2016	100	95,9	4,1	66,2	62,7	3,6	33,8	33,3	0,5	
30. Juni 2017	100	96,0	4,0	65,0	61,5	3,4	35,0	34,5	0,5	
30. Juni 2018	100	96,1	3,9	63,5	60,2	3,3	36,5	35,9	0,5	
30. Juni 2019	100	96,3	3,7	62,1	58,9	3,2	37,9	37,4	0,6	

Quelle: Statistik der Bundesagentur für Arbeit

Tabelle 17: Geringfügig Beschäftigte nach Merkmalen

Deutschland (Arbeitsort)
Stichtag 30.06.2019

Merkmale	Geringfügig Beschäftigte (GB)		davon			davon				davon		
	1	2 Geringf. entlohnte Beschäftigte (GeB)	3 Kurzfristig Beschäftigte (KfB)	4		5		6 ausschließlich KfB	7 Im Nebenjob GB	8		
				absolut		ausschließlich GeB				im Nebenjob GeB		
Insgesamt	7.886.579	7.592.890	293.689	4.894.882	4.645.857	249.025	2.991.697	2.947.033	44.664			
unter Regelaltersgrenze	6.837.506	6.557.533	279.973	3.870.543	3.634.942	235.601	2.966.963	2.922.591	44.372			
über Regelaltersgrenze	1.049.073	1.035.357	13.716	1.024.339	1.010.915	13.424	24.734	24.442	292			
Männer	3.258.775	3.115.416	143.359	1.919.980	1.799.167	120.813	1.338.795	1.316.249	22.546			
Frauen	4.627.804	4.477.474	150.330	2.974.902	2.846.690	128.212	1.652.902	1.630.784	22.118			
Westdeutschland	6.957.956	6.713.473	244.483	4.253.085	4.047.438	205.647	2.704.871	2.666.035	38.836			
Ostdeutschland	925.446	877.801	47.645	639.221	597.393	41.828	286.225	280.408	5.817			
				Anteil in Prozent								
Insgesamt	100	96,3	3,7	62,1	58,9	3,2	37,9	37,4	0,6			
unter Regelaltersgrenze	100	95,9	4,1	56,6	53,2	3,4	43,4	42,7	0,6			
über Regelaltersgrenze	100	98,7	1,3	97,6	96,4	1,3	2,4	2,3	0,0			
Männer	100	95,6	4,4	58,9	55,2	3,7	41,1	40,4	0,7			
Frauen	100	96,8	3,2	64,3	61,5	2,8	35,7	35,2	0,5			
Westdeutschland	100	96,5	3,5	61,1	58,2	3,0	38,9	38,3	0,6			
Ostdeutschland	100	94,9	5,1	69,1	64,6	4,5	30,9	30,3	0,6			

Quelle: Statistik der Bundesagentur für Arbeit

Tabelle 18: Sozialversicherungspflichtig und kurzfristig Beschäftigte nach Wirtschaftsabteilungen (Tabelle absteigend sortiert nach Spalte 3)

Deutschland (Arbeitsort)

Stichtag: 30.06.2019

	30. Juni 2019		
	1 Sozialversicherungspflichtig Beschäftigte	2 Kurzfristig Beschäftigte	3 Anteil in %
Insgesamt	33.407.262	293.689	0,9
01 Landwirtschaft, Jagd und damit verbundene Tätigkeiten	230.209	76.518	33,2
73 Werbung und Marktforschung	146.016	19.344	13,2
93 Erbringung von Dienstleistungen des Sports, der Unterhaltung und der Erholung	131.495	12.372	9,4
98 Herstellung von Waren und Erbringung von Dienstleistungen durch private Haushalte für den Eigenbedarf ohne ausgeprägten Schwerpunkt	762	47	6,2
58 Verlagswesen	137.019	5.897	4,3
02 Forstwirtschaft und Holzeinschlag	20.022	779	3,9
53 Post-, Kurier- und Expressdienste	315.577	12.098	3,8
56 Gastronomie	792.251	28.510	3,6
90 Kreative, künstlerische und unterhaltende Tätigkeiten	72.209	2.585	3,6
74 Sonstige freiberufliche, wissenschaftliche und technische Tätigkeiten	67.849	2.247	3,3
78 Vermittlung und Überlassung von Arbeitskräften	776.892	24.673	3,2
03 Fischerei und Aquakultur	2.470	64	2,6
82 Erbringung von wirtschaftlichen Dienstleistungen für Unternehmen und Privatpersonen a. n. g.	383.954	9.022	2,3
91 Bibliotheken, Archive, Museen, botanische und zoologische Gärten	37.949	787	2,1
11 Getränkeherstellung	68.670	1.351	2,0
77 Vermietung von beweglichen Sachen	90.019	1.353	1,5
50 Schifffahrt	21.754	318	1,5
55 Beherbergung	316.855	4.537	1,4
96 Erbringung von sonstigen überwiegend persönlichen Dienstleistungen	326.942	4.429	1,4
59 Herstellung, Verleih und Vertrieb von Filmen und Fernsehprogrammen; Kinos; Tonstudios und Verlegen von Musik	46.102	451	1,0
85 Erziehung und Unterricht	1.305.554	12.366	0,9
79 Reisebüros, Reiseveranstalter und Erbringung sonstiger Reservierungsdienstleistungen	83.902	664	0,8
10 Herstellung von Nahrungs- und Futtermitteln	633.632	4.760	0,8
80 Wach- und Sicherheitsdienste sowie Detekteien	179.553	1.184	0,7
18 Herstellung von Druckerezeugnissen; Vervielfältigung von bespielten Ton-, Bild- und Datenträgern	128.908	838	0,7
47 Einzelhandel (ohne Handel mit Kraftfahrzeugen)	2.420.344	13.742	0,6
94 Interessenvertretungen sowie kirchliche und sonstige religiöse Vereinigungen (ohne Sozialwesen und Sport)	480.063	2.703	0,6
97 Private Haushalte mit Hauspersonal	48.691	241	0,5
63 Informationsdienstleistungen	77.021	366	0,5
68 Grundstücks- und Wohnungswesen	276.890	1.285	0,5
84 Öffentliche Verwaltung, Verteidigung, Sozialversicherung	1.830.329	7.434	0,4
69 Rechts- und Steuerberatung, Wirtschaftsprüfung	477.422	1.761	0,4

Tabelle 18: Sozialversicherungspflichtig und kurzfristig Beschäftigte nach Wirtschaftsabteilungen (Tabelle absteigend sortiert nach Spalte 3)

Deutschland (Arbeitsort)
Stichtag: 30.06.2019

Wirtschaftsabteilungen WZ 2008	30. Juni 2019		
	Sv-pflichtig Beschäftigte	Kurzfristig Beschäftigte	Anteil in %
72 Forschung und Entwicklung	236.970	873	0,4
81 Gebäudebetreuung; Garten- und Landschaftsbau	814.303	2.962	0,4
60 Rundfunkveranstalter	59.863	215	0,4
70 Verwaltung und Führung von Unternehmen und Betrieben; Unternehmensberatung	728.717	2.395	0,3
36 Wasserversorgung	38.006	122	0,3
46 Großhandel (ohne Handel mit Kraftfahrzeugen)	1.408.956	4.280	0,3
16 Herstellung von Holz-, Flecht-, Korb- und Korkwaren (ohne Möbel)	111.502	292	0,3
32 Herstellung von sonstigen Waren	255.762	634	0,2
05 Kohlenbergbau	11.282	27	0,2
41 Hochbau	302.029	695	0,2
14 Herstellung von Bekleidung	35.455	80	0,2
37 Abwasserentsorgung	32.511	73	0,2
71 Architektur- und Ingenieurbüros; technische, physikalische und chemische Untersuchung	605.751	1.310	0,2
43 Vorbereitende Baustellenarbeiten, Bauinstallation und sonstiges Ausbaugewerbe	1.368.562	2.952	0,2
29 Herstellung von Kraftwagen und Kraftwagenteilen	949.621	2.024	0,2
13 Herstellung von Textilien	72.331	145	0,2
31 Herstellung von Möbeln	116.823	230	0,2
25 Herstellung von Metallerezeugnissen	838.085	1.576	0,2
33 Reparatur und Installation von Maschinen und Ausrüstungen	171.019	321	0,2
08 Gewinnung von Steinen und Erden, sonstiger Bergbau	38.761	72	0,2
66 Mit Finanz- und Versicherungsdienstleistungen verbundene Tätigkeiten	182.966	333	0,2
27 Herstellung von elektrischen Ausrüstungen	364.718	658	0,2
22 Herstellung von Gummi- und Kunststoffwaren	404.886	721	0,2
23 Herstellung von Glas und Glaswaren, Keramik, Verarbeitung von Steinen und Erden	208.647	370	0,2
49 Landverkehr und Transport in Rohrfernleitungen	677.823	1.173	0,2
35 Energieversorgung	233.962	391	0,2
30 Sonstiger Fahrzeugbau	172.174	286	0,2
95 Reparatur von Datenverarbeitungsgeräten und Verbrauchsgütern	33.735	54	0,2
26 Herstellung von Datenverarbeitungsgeräten, elektronischen und optischen Erzeugnissen	427.487	679	0,2
75 Veterinärwesen	33.512	51	0,2
42 Tiefbau	225.414	331	0,1
15 Herstellung von Leder, Lederwaren und Schuhen	17.690	24	0,1
20 Herstellung von chemischen Erzeugnissen	342.202	450	0,1

Tabelle 18: Sozialversicherungspflichtig und kurzfristig Beschäftigte nach Wirtschaftsabteilungen (Tabelle absteigend sortiert nach Spalte 3)

Deutschland (Arbeitsort)
Stichtag: 30.06.2019

Wirtschaftsabteilungen WZ 2008	30. Juni 2019		
	1 Sozialversicherungspflichtig Beschäftigte	2 Kurzfristig Beschäftigte	3 Anteil in %
17 Herstellung von Papier, Pappe und Waren daraus	124.521	162	0,1
52 Lagererei sowie Erbringung von sonstigen Dienstleistungen für den Verkehr	756.677	984	0,1
28 Maschinenbau	1.083.261	1.400	0,1
86 Gesundheitswesen	2.510.364	3.211	0,1
38 Sammlung, Behandlung und Beseitigung von Abfällen; Rückgewinnung	182.217	227	0,1
24 Metallerzeugung und -bearbeitung	290.694	314	0,1
62 Erbringung von Dienstleistungen der Informationstechnologie	755.130	782	0,1
06 Gewinnung von Erdöl und Erdgas	3.005	3	0,1
21 Herstellung von pharmazeutischen Erzeugnissen	153.385	142	0,1
88 Sozialwesen (ohne Heime)	1.349.842	1.237	0,1
87 Heime (ohne Erholungs- und Ferienheime)	1.056.143	935	0,1
45 Handel mit Kraftfahrzeugen; Instandhaltung und Reparatur von Kraftfahrzeugen	663.352	520	0,1
64 Erbringung von Finanzdienstleistungen	611.234	455	0,1
65 Versicherungen, Rückversicherungen und Pensionskassen (ohne Sozialversicherung)	166.821	103	0,1
19 Kokerie und Mineralölverarbeitung	22.458	13	0,1
51 Luftfahrt	65.930	38	0,1
92 Spiel-, Wett- und Lotteriewesen	58.919	29	0,0
61 Telekommunikation	60.193	28	0,0
99 Exterritoriale Organisationen und Körperschaften	17.739	7	0,0
09 Erbringung von Dienstleistungen für den Bergbau und für die Gewinnung von Steinen und Erden	11.872	3	0,0
07 Erzbergbau	806	*	x
12 Tabakverarbeitung	8.450	*	x
39 Beseitigung von Umweltverschmutzungen und sonstige Entsorgung	3.741	*	x
ZZ Keine Angabe	1.658	1.566	x

Quelle: Statistik der Bundesagentur für Arbeit

*) Aus Datenschutzgründen und Gründen der statistischen Geheimhaltung werden Zahlenwerte von 1 oder 2 und Daten, aus denen rechnerisch auf einen solchen Zahlenwert geschlossen werden kann, anonymisiert.

Tabelle 19: Zeitreihe der abgeschlossenen Dauer beendeter BeschäftigungsverhältnisseDeutschland
Zeitreihe

Beschäftigungsverhältnisse	Dauern	Jahressumme		
		Jahr 2017	Jahr 2018	Jahr 2019
		1	2	3
geringfügig entlohnte Beschäftigte	Insgesamt	5.065.432	5.067.101	5.035.293
	bis unter 6 Monate	2.449.828	2.416.344	2.365.691
	6 bis unter 12 Monate	817.527	822.475	819.107
	1 bis unter 2 Jahre	729.582	739.930	748.206
	2 bis unter 3 Jahre	435.592	436.567	441.963
	3 bis unter 6 Jahre	389.644	401.515	404.784
	6 bis unter 10 Jahre	148.573	151.340	153.519
	10 Jahre und länger	94.686	98.930	102.023
	Median in Monaten	6,1	6,4	6,7
Kurzfristig Beschäftigte	Insgesamt	2.457.820	2.461.843	2.420.818
	bis unter 6 Monate	2.302.643	2.314.951	2.277.772
	6 bis unter 12 Monate	113.900	109.782	108.743
	1 bis unter 2 Jahre	40.709	37.005	34.248
	2 bis unter 3 Jahre	370	83	38
	3 bis unter 6 Jahre	170	*	*
	6 bis unter 10 Jahre	24	*	*
	10 Jahre und länger	4	-	-
	Median in Monaten	0,4	0,5	0,5

Quelle: Statistik der Bundesagentur für Arbeit

¹⁾ Aus Datenschutzgründen und Gründen der statistischen Geheimhaltung werden Zahlenwerte von 1 oder 2 und Daten, aus denen rechnerisch auf einen solchen Zahlenwert geschlossen werden kann, anonymisiert.

